

Württembergischer Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Württembergische Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mr. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitseite oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittag in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59.

Donnerstag, den 11. März 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Illusionen.

„Viels Feind, viel Ehr!“ können wir mit einer gewissen Genugthuung von uns sagen, wenn wir sehen, wie zur Zeit die reaktionären Elemente ringsum bemüht sind, die Regierung zur Vorlage eines neuen Sozialisten gesetzes zu drängen. Besonders eifrig sind in diesem Bestreben die braven Nationalliberalen, die sich selbst immer wieder vorfügen, daß die Sozialdemokratie mit einem Ausnahmegesetz tot zu machen sei, und bei ihren Betrachtungen immer wieder zähneknirschend zu dem Schlusse kommen, daß man mit „diesem“ Reichstag ein „Spezialgesetz“ nicht zu Stande bringen könne.

Aber auch diejenigen Gegner, die von einem Ausnahmegericht absiehen, spätestens auf das baldige Ende der Sozialdemokratie. Die Raumann, Schwim und Genossen wollen bestimmt die Sozialdemokratie bei den Arbeitern „ablösen“ und wollen zu diesem Zwecke die Arbeiter für eine starke Flotte und für das Christenthum begeistern. Man hofft in bürgerlichen Kreisen, wo man sozialpolitisch angehant ist, auf eine große Spaltung in der Arbeiterbewegung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, und das leitende Organ des Zentrums im Rheinland, die „Rheinische Volkszeitung“, macht in dieser Hinsicht ganz bestimmte Aussichten. Es ist interessant zu erfahren, wie sich die Sozialpolitiker des Zentrums die Beseitigung der Sozialdemokratie denken. Das genannte rheinische Blatt gibt der Regierung den wohlgemeinten Rat, volle Koalitions- und Organisationsfreiheit für die Arbeiter zu schaffen. Dann werde sich eine gesunde Sozialreform von selbst gestalten. Die Unternehmer und Arbeiter werden sich dann verständigen oder in geschmäligem Kampf mit einander ausschließen, was gelten soll, und auf diesem Wege wird man zu einem „erträglichen Zustand“ gelangen, an dem, wie das rheinische Blatt hofft, die Sozialdemokratie zu Grunde gehen wird.

Schön gedacht! Es ist indessen eine alte Gescheinung, daß die Menschen gerne glauben, was sie wünschen, und so können die Hoffnungen des rheinischen Blattes vor den Thatsachen nicht bestehen. Die „Rheinische Volkszeitung“ spricht immer von der „utopistischen“ Sozialdemokratie und sieht den Ballen im eigenen Auge nicht; sie kann es nicht begreifen, daß sie selber einer der größten Utopien nachjagt.

Wir würden es mit tausend Freuden begrüßen, wenn die verblüdeten Regierungen auf den Vorschlag des rheinischen Blattes eingehen und den Arbeitern volles Koalitionsrecht zugestehen würden. Mache man doch einmal den Versuch! Dann wird es sich zeigen, ob wohl die sozialdemokratischen Abgeordneten an dem Untergang ihrer eigenen Partei gearbeitet haben, als sie im Reichstage einen Auftrag auf Gewährung des vollständigen Koalitionsrechts stellten. Wenn sich die Arbeiter mit dem Koalitionsrecht erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen können — sollen sie darum der Sozialdemokratie den Rücken fehren? Mache man doch die Probe auf das Exempel! Wir fürchten uns nicht davor.

Deutlich tritt bei den sozialpolitischen Richtungen innerhalb der herrschenden Klassen das Bestreben hervor, die Gewerkschaftsbewegung in einen Gegensatz zur Sozialdemokratie zu treiben. Wir begreifen das. Die politische Sozialdemokratie ist den herrschenden Klassen am meisten verhaft, weil sie alle Fragen, die das öffentliche Leben berühren, in den Kreis ihrer Betrachtungen zieht. Man möchte gerne die Gewerkschaften als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie ausspielen. Aber das mag noch so ein gesponnen sein; was dahinter steckt, kommt doch an die Sonnen. Die Machinationen gewisser bürgerlicher Sozialpolitiker, der Christlich-Sozialen, der Evangelisch-Sozialen, der National-Sozialen und wie sie sich alle nennen mögen, laufen, soweit sie ernsthaft zu nehmen sind, im Ganzen denn doch nur darauf hinaus, die Arbeiterbewegung zu zerstören. Bis jetzt ist dies in einem Falle gelungen — bei den Bergleuten. Dort haben Pfaffen und Kapitalisten einen christlichen Gewerksverein gegründet, der den Zweck hat, große und einheitliche Aktionen der Bergleute zu lähmen, und der diesen Zweck auch so getreulich erfüllt, daß jüngst ein den Bergleuten wohlwollendes demokratisches Blatt verzweifelt aussiegt: Diesen Arbeitern ist nicht zu helfen!

Dass auch in anderen Branchen ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden können, ist zwar nicht unmöglich, aber auch nicht wahrscheinlich. Man wird zwar immer ein paar Hundert Menschen, die sich noch nicht zum Klassenbewußtsein auszuschwingen vermochten, in „christlichen“ Arbeitervereinen zusammenbringen können, aber darüber hinaus wird man es kaum mehr bringen. Wollt endlich die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in einem Sturz zu treiben, so wie ihn die bürgerlichen Sozialpolitiker wünschen und brauchen, dazu ist keine Ansicht vorhanden. Die Arbeiter haben in langen Kampfen die Macht und die Bedeutung der Solidarität gelernt und sie werden sich die Früchte dieser Erfahrung nicht durch christliche oder „sozialpolitische“ Denzataren verderben lassen. Politisch- und gewerkschaftliche Bewegung gehen in ihrer eigenen Weg — aber ich gehe einander ausspielen zu lassen, diese Freude werden sie dem Kapitalismus nicht machen.

Von Verblüffung und Selbstüberhöhung ohne Gleichen aber zeugt es, wenn die ultramontanen Sozialpolitiker gleich den „evangelischen“ die Sozialdemokratie als „überwunden“ behandeln. Durch welche Gewalt soll sie denn überwunden worden sein? Was die Allgewalt eines Bismarck nicht fertig gebracht — das kann man nun von den Reden und Zeitungsartikeln protestantischer und katholischer Pfäfflein? Hosse man immerzu! Dies Vergnügen wollen wir Niemand verbauen! Aber man wird sich gewaltig täuschen. Warte man nur die nächsten Wahlen ab; sie werden der bürgerlichen Welt zeigen, ob die Sozialdemokratie überwunden ist oder nicht.

Für uns kann es nur ein Vortheil sein, wenn unsere Gegner Vogel Strauß spielen und den Kopf in den Sand stecken. Wir leben in der tröstlichen Gewissheit, daß Millionen von Proletarien, Männern und Frauen, täglich mit dem Gedanken aufstehen und sich niedersetzen, man dürfe nicht ruhen und nicht rasten, bis die Sozialdemokratie die politische Macht erlangt hat, deren sie bedarf, um wirklich in die Gestaltung der Zustände einzutreten zu können. Dass der Eifer dieser Millionen nicht erkaltet, dafür sorgt die kapitalistische Ausbeutung, die von Niemanden, außer der Sozialdemokratie, präzißiell bekämpft wird. Auch wagt, außer der Sozialdemokratie, Niemand an die Beseitigung dieser Produktionsform auch nur zu denken.

Das wissen die Arbeiter wohl und darum sind die Wünsche und Hoffnungen der bürgerlichen Sozialpolitiker eine Illusion.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Verfassungsbruch fordert das Organ der Bismarckanhänger, die „Berl. N. N.“ auf. Die Verfassung sei nur Mittel zum Zweck. Genügt der Zweck nicht mehr, so müsse ein anderer gefunden werden. Um dem Verfassungsbruch der Sozialdemokraten zu verhüten, müßten die deutschen Fürsten und freien Städte, welche 1870 den Bund geschlossen, die heutige Reichsverfassung für aufgehoben erklären, um ein neues Wahlrecht herbei zu führen. — Das wäre also die Anreihung der Revolution von oben!

Ein probates Mittel! Als die „zuerlässigsten politischen Gardes du Corps Sr. Majestät“ bezeichnet die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe die Mitglieder dieses Bundes. Da heißt es:

Und die Bauern werden auch den Kaiser vor den Sozialdemokraten schützen, sie werden sie, wenn erforderlich, Mann für Mann mit ihren

Dreschflegeln tödlich legen! Darum vorwärts, mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich!

Brav gebrüllt, Ploetz!

Die „Hamburger Nachrichten“, das Organ des Alten im Sachsenwald, veröffentlichten einen Artikel: „Eine eigene Sache“, der in mehr als einer Beziehung interessant ist. Zunächst belheuern sie — so machen sie es alle — daß nicht Fürst Bismarck für jedes einzelne Wort in ihren endlosen Spalten verantwortlich zu machen sei. Das ist selbstverständlich, aber ebenso selbstverständlich (und auch nicht geleugnet) ist, daß das Blatt bei so wichtigen Anlässen, wie z. B. der Kaiserrede, bindende Instruktionen aus Friedrichsruh empfängt. Was nun den letzten kläffenden Artikel gegen die Sozialdemokratie

angeht, so behauptet das Blatt, Bismarck würde wohl einem Kusshammer gegen die „Umwälzer“ prinzipiell zustimmen, da er aber nicht geneigt sei, seine Autorität dafür einzufordern. Denn „ sobald Fürst Bismarck in den Kampf gegen die Sozialdemokratie eingriffe, würden alle diejenigen Elemente, die zwar genugt sind, der Sozialdemokratie entgezutreten, aber zugleich auch gegen den Fürsten Bismarck hassen, versagen, so daß die Gewerkschaften, deren sich der erste Reichstag — namentlich in höheren Kreisen — erfreut, der Sozialdemokratie zu Gute kommen würden.“ Weiter sei der Haß dafür, daß man die Sozialdemokratie nicht durch unanständiges Sabotage machen warne und so dazu bringe, vorsichtig ihre wahren Absichten zu verhullen. Selbstverständlich bekommen bei dieser Gelegenheit die Vertreter des neuen Kurses „in der Wilhelmstraße und in der Zeitungswelt“ ihr gehörig Thiel ab!

Der Prozeß v. Tausch hat schon wieder ein neues Prozeßverfahren gezeigt. Wie die „Post“ erfaßt, ist ein Disziplinarverfahren wider unbekannt auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Dreher eingeleitet worden. Da wiederholt Thatsachen aus dem Gange der Voruntersuchung und den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft an die Leitern gelangt sind, nimmt der Staatsanwalt Dreher an, daß nur durch pflichtwidrige Verhalten und Indiskretion die einzelnen Stadien des Prozesses zur allgemeinen Kenntnis hätten gelangen können, weshalb er durch Amtsgerichtsrath v. Bodewits ein Ermittlungsverfahren hat anstrengen lassen, auf welchem Wege die Tagespresse in den Besitz der betroffenen Nachrichten gelangt ist. Laut Anordnung werden die Zeugen in dem Zwangsvorfahren eidlich vernommen.

Ein Trinkspruch. In Breslau wurde bei einem Abschiedskommers, den die Studentenschaft zu Ehren des nach Jena abgehenden Professors Alfred Schulze veranstaltete, neben letzterem Professor Sombart wiederholt gefeiert. Auf diese Ovationen antwortete Sombart beim Semesterreiben mit den Worten: „Ich trinke auf das freie Wort auf freien deutschen Universitäten!“

Wird aber Professor Sombart das Trinken so lange aushalten, bis wir das freie Wort auf freien deutschen Universitäten haben?

Aus Afrika ist wieder eine Giobspost eingetroffen. Laut telegraphischer Meldung aus Togo ist der dortige Polizeimeister Heidmann auf einer Expedition im Kampfe mit rebellischen Eingeborenen (20. Februar), die zu unterwerfen ihm befohlen worden war, gefallen. Heidmann war vorher Sergeant in der 4. Kompanie des 4. Garde-Regiments, sein Amt als Polizeimeister hatte er zwei Jahre innegehabt. Über das Schicksal der führerlos gewordenen Strafexpedition ist noch nichts Näheres bekannt.

Die Postanszahlung der Arbeiterversicherungsgelder. Das Reichspostamt hat den Oberpostdirektionen die Weisung ertheilt, der an sie ergangenen Verfügung vom 20. Januar d. J., wonach Kosten des Heilsverfahrens in Entschädigungsachen nur an den Empfangsberechtigten gezahlt werden sollten, einstweilen nicht Folge zu geben. — Warum ist die gänzlich unhaltbare Verfügung nicht gleich endgültig aufgehoben worden?

Ein Kleinbäuerlicher Notshrei. Die Kleingrundbesitzer der oberhessischen Stadt Lich haben, so wird uns aus Hessen geschrieben, bei der zweiten hessischen Kammer eine Petition eingereicht, in der sie bitten, daß „gesetzliche Maßnahmen getroffen werden gegen die Ausdehnung des Fürstlich-Solms-Hohenholms-Lichschen Waldes in dortiger Gemarkung.“ — Das ist wieder ein trefflicher Beleg für die Unsinzigkeit des Wortes von der „Interessengemeinschaft“ der kleinen und großen Bauern. Diese „Bauern“ à la Fürst zu Lich sijen den Kleinbauern wie ein Dorn im Fleische.

Ergebnisse der Unfälle, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung. Zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung bestanden im Jahre 1895 insgesamt 112 Berufsgenossenschaften, darunter 64 gewerbliche mit 435 137 Betrieben und 5 409 218 versicherten Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche mit 4 813 572 Betrieben und 12 289 415 versicherten Personen. Dazu kommen noch 145 Reichs- und Staats- und 255 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden mit zusammen 690 835 versicherten Personen, so daß am Schlusse des Jahres 1895 über 18 Millionen Personen

gegen Unfall versichert waren. Hinzutreten noch die bei den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Verein- genossen und der Eisenbau-Vereinsgenossenschaft versicherte Personen. In der Gesamtzahl, die auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmern sowie die landwirtschaftlich in Nebenberuf beschäftigten Personen umfaßt, dürften eine bis anderthalb Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach der vorläufigen Ermittlung 350 428, die der entshädigten Unfälle 86 529. Die verausgabten Entschädigungen (Renten) betrugen 57 347 673 Mark, gegen 50 125 782 Mark im Jahre 1895. Entschädigungen (Renten usw.) wurden im Jahre 1896 gezahlt oder angewiesen an 329 380 Verleute, 32 707 Wittwen, Gebütteter, 60 190 Kinder, Gebütteter, 2173 Abhendenen Gebütteter; daneben erhielten ferner 9050 Ehefrauen, 19 248 Kinder und 205 Alzendenen als Angehörige von Verleuten, welche in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 452 953 Personen der Unfallversicherung theilhaftig geworden sind. Über die Invalidität und Altersrente ver- sicherung ist folgendes zu berichten: Vom 1. Januar 1891 bis Ende 1896 wurden im ganzen 516 829 Renten, und zwar 221 115 Invaliden und 295 705 Altersrenten, anerkannt. Davon entfallen auf die 31 Versicherungsanstalten 206 016 Invaliden- und 290 140 Altersrenten, auf die 9 Kasseneinrichtungen 15 099 Invaliden- und 5565 Altersrenten. Im Jahre 1896 bezogen rund 220 800 Personen Altersrente und 179 500 Personen Invalidenrente, also rund 400 300 Personen überhaupt Rente. Da sich unter diesen rund 800 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Jahres in Invalidenrente umgewandelt wurde, und diese Personen deshalb vorstehend doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Rentenempfänger des Jahres 1896 auf rund 399 500 Personen, an welche insgesamt 48,4 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten rund 27,4 Millionen Mark, an Invalidenrenten 21 Millionen Mark gezahlt sind. Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgesetzten Renten entspricht überschlägig ein Deckungskapital von rund 252,7 Millionen Mark, und mit Einschluß der an den Reservesfonds abzuführenden Beträge in Höhe von rund 50,5 Millionen Mark ein Kapital von rund 303,2 Millionen. Die Einnahme aus Beiträgen belief sich für die Versicherungsanstalten nach Abzug der gesammten Verwaltungskosten i. J. 1891 auf rund 85,2 Millionen Mark, 1892 84 Millionen Mark, 1893 85,2 Millionen Mark, 1894 87,8 Millionen Mark, 1895 89,8 Millionen Mark, 1896 95,4 Millionen Mark.

Dänemark.

Im Folketing ist zur Zeit ein Zuschaumantrag zum Strafgesetzbuch in Verhandlung, der ausschließlich gegen die streikende Arbeiter gerichtet ist. Der Zuschaufall sieht ziemlich harmlos aus. Er will mit sechsmonatlicher Zwangsarbeit „Gewaltthäufigkeiten, die keine Verlegerungen oder anderen Schaden mit sich bringen“, bestrafen, „wenn sie eine Störung des öffentlichen Friedens verursacht haben oder mit Übertretung von Polizeivorschriften verbunden sind.“

Diese Bestimmung hat den ausdrücklichen Zweck, diejenigen Arbeiter zu bestrafen, die mit Streikbrechern in leichte Kollisionen gerathen sind. Als Strafverschärfung soll außerdem im Arbeitsraum fortan Stockprügel zu erkennen werden können. Also streikende Arbeiter sollen mit Stockprügeln regalirt werden, wenn sie in der Hölle sich zu einer kleinen Anrempfung eines Streikbrechers haben hinreichen lassen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wünblad führte in längerer Rede aus, daß von der behaupteten zunehmenden Röhrigkeit gar keine Rede sei. Auch dem Gesetzesantrag fehle jede Begründung und statistische Belegung in dieser Beziehung. Es sei aber von den Sozialdemokraten bereits im Landeszching statistisch nachgewiesen, daß die Röhrigkeiten in der Abnahme begriffen seien. Das Herauskommen eines solchen Antrages ist ein Beweis für die reaktionäre Strömung der Regierung. Das Gesetz ist nur gegen die Arbeiter gerichtet. Wenn keine Herren Röhrigkeiten begehen, wird die Sache vertuscht oder sie kommen sehr glimpflich davon. Wünblad erzählte einen Fall von einem Marinesoldaten, der ganz harmlose Leute auf der Straße angefallen hat, und einen anderen, in dem zwei Polizisten verabschiedet wurden, weil sie die Söhne eines hochstehenden Mannes bei der Begehung von Brutalitäten verhaftet hatten. Ferner weist Wünblad darauf hin, daß im Oktober sich ein Wählerverein an den Minister wenden müsse, um Schutz der Bürgerfreiheit gegen Brutalitäten der Polizei zu erbitten. Und der Minister versprach Abhilfe! Alle Parteien im Lande sind über die Übergänge der Polizei einig — und nun will man auf Übertretung ihrer Vorschriften solche Strafen sezen! Die Rechte begrüßte den Antrag natürlich mit Freuden. Die Prügelstrafe wäre eine sehr gute Strafe für Leute, die vor nichts anderm Respekt haben. Die weitere Berathung wurde vertagt.

Griechenland.

Die Lage im Orient. Auf die Kollektivnote der „Großmächte“ hat Griechenland nachstehende ablehnende Antwort erhebt:

Nach Prüfung der Punkte, auf welche die Note der Mächte sich erstreckt, unterbreitet die griechische Regierung angesichts deren Bedeutamkeit den Mächten ihre eigene Ansicht über die angedrohten Maßnahmen, eine Ansicht,

welche aus der Kenntnis der kretischen Angelegenheiten hervorgeht. Griechenland wünscht ebenso wie die Mächte die Aufrechterhaltung des Friedens und will Kreta vor dem gänzlichen Untergang bewahren. Das von den Mächten angenommene autonome Regime wird deren Absichten nicht entsprechen und das Schicksal der verschiedenen festheren Reformsysteme erleiden. Das vorgeschlagene neue Regime ist unfähig, die Ordnung wiederherzustellen. Die Anarchie wird fortfahren, das Land zu verwüstet. Die Verantwortlichkeit der Regierung würde über groß sein, wenn si: die Mächte nicht wäre, das angeordnete Regime abzuändern und Kreta mit Griechenland zu vereinen, wie dieses schon bei der Besetzung der andern Provinzen geschah, welche das griechische Königreich bildeten zu den Zeiten der Präfekturherrschaft Capo d'Istria's. Angesichts der neuerlichen Gemeine, Blümlungen und Brondstiftungen wurde unser Land von Gewissenbissen gequält, wegen der Verantwortlichkeit, welche es im vorigen Jahre übernahm, indem es die Kreter bestimmte, die Waffen niederzulegen. Die Uebel, welche hierauf folgten, gestatten uns nicht, die nämliche Aufgabe zu unternehmen. Uebrigens würde unsere Stimme nicht gehört werden. Wenn die Mächte darauf beharren würden, daß neue autonome Regime zur Einführung zu bringen, welches würde die Lage Kretas bis zur Einführung diese Regimes sein? Im Namen der Menschlichkeit und der Pacifizierung der Insel appellieren wir an die Mächte in Bezug auf die Rückübertragung unserer militärischen Kräfte. Wenn infolge der Unwesenheit der Geschwader der Mächte auf Kreta und der Überzeugung, daß die vereinigten Flotten die Landung türkischer Truppen verhindern werden, die Gegenwart aller griechischen Schiffe nicht für nothwendig erachtet würde, so ist doch der Aufenthalt der griechischen Armee auf Kreta durch das Interesse der Menschlichkeit und der Wiederherstellung der Ordnung erforderlich. Unsere Pflicht erlegt es uns auf, die Kreter nicht der Gnade des Fanatismus der Muselmanen und der thürkischen Masse zu überlassen, welche immer an den Angriffen des Volkes gegen die Christen teilgenommen hat. Wenn unsere Truppen von den Mächten das Mandat erhalten würden, die Insel zu pacifizieren, so würden die Wünsche und die Absichten der Mächte eine rasche und vollkommene Genugthuung erfahren, denn nach Wiederherstellung der Ordnung würde es möglich sein, die Wünsche kennen zu lernen, welche das kretische Volk frei auszusprechen hätte, um über dessen Schicksal zu entscheiden. Die auf Kreta wiederholt verübten Schreckenstaten bewegen fortwährend das griechische Volk, unterbrechen die wirtschaftliche Thätigkeit und tönen jede sparsame Finanzwirtschaft des Staates. Selbst wenn wir vergessen wöllten, daß wir die Religions-Genossen, die Stammes- und Blutsgenossen der Kreter sind, so müssen wir den Mächten erklären, daß der hellenische Staat ähnlichen Erschütterungen nicht mehr widerstehen kann. Deshalb appellieren wir an die hochherzigen Gefühle der Mächte und bitten sie, zu erlauben, daß das kretische Volk sich ausspreche und sage, wie es regiert zu werden wünscht.

Amerika.

Der Kongress der Vereinigten Staaten ist vom Präsidenten Mac Kinley zum 15. März zu einer Spezialisierung einberufen worden.

Prozeß Auer und Genossen.

Zum zweiten Male hatte sich Montag das Berliner Landgericht mit dem bekannten Küsselkopf vom 29. November 1895, der nach der Meinung altherter Thoren die sozialdemokratische Parteiorganisation bis ins Herz treffen sollte, zu befreien, nachdem über 15 Monate seit der großen That des längst vergessenen Ermittlers und beinahe zehn Monate seit der ersten, für das Rehen der politischen Polizei so kennzeichnenden Gerichtsverhandlungen Röhrigkeit gar keine Rede sei. Auch dem Gesetzesantrag fehle jede Begründung und statistische Belegung in dieser Beziehung. Es sei aber von den Sozialdemokraten bereits im Landeszching statistisch nachgewiesen, daß die Röhrigkeiten in der Abnahme begriffen seien. Das Herauskommen eines solchen Antrages ist ein Beweis für die reaktionäre Strömung der Regierung. Das Gesetz ist nur gegen die Arbeiter gerichtet. Wenn keine Herren Röhrigkeiten begehen, wird die Sache vertuscht oder sie kommen sehr glimpflich davon. Wünblad erzählte einen Fall von einem Marinesoldaten, der ganz harmlose Leute auf der Straße angefallen hat, und einen anderen, in dem zwei Polizisten verabschiedet wurden, weil sie die Söhne eines hochstehenden Mannes bei der Begehung von Brutalitäten verhaftet hatten. Ferner weist Wünblad darauf hin, daß im Oktober sich ein Wählerverein an den Minister wenden müsse, um Schutz der Bürgerfreiheit gegen Brutalitäten der Polizei zu erbitten. Und der Minister versprach Abhilfe! Alle Parteien im Lande sind über die Übergänge der Polizei einig — und nun will man auf Übertretung ihrer Vorschriften solche Strafen sezen! Die Rechte begrüßte den Antrag natürlich mit Freuden. Die Prügelstrafe wäre eine sehr gute Strafe für Leute, die vor nichts anderm Respekt haben. Die weitere Berathung wurde vertagt.

Der Prozeß endete in erster Instanz mit der Verurtheilung von 15 unter 47 Angeklagten: Auer wurde bestraft mit 50 Mark, Bebel mit 75 Mark, Gerlich, Kiesel, Pfannsch, Singer mit je 40 Mark, Antret, Dreher, Erbe, Gries, Hößner, Lange, Schumann und Zabel mit je 30 Mark; die übrigen 32 Angeklagten wurden freigesprochen. Als politische Vereine, die mit einander in ungesetzliche Verbindung getreten sein sollen, wurden geschlossen die Parteileitung und die Wahlvereine des 2., 4., 5. und 6. Wahlkreises. Die vorläufige polizeiliche Schlüpfung wurde dagegen aufgehoben für die Wahlvereine des 1. und 3. Wahlkreises, die Pres-, Lokal- und Agitationskommission, sowie für den angeblichen Verein der Berliner Vertrauensleute. Das Urteil stützte sich im Wesentlichen auf folgende Annahme:

1. daß der Parteivorstand einen politischen Verein bilde;
2. weil die Wahlvereins-Vorstände überschüssige Gelder aus Vereinsbeträgen an die Vertrauensmänner abgeführt hätten, daß die Vertrauensmänner, welche ihrerseits die aus allen möglichen Quellen ihnen zugestellten Parteidörfertheileweise an den Parteivorstand abzuliefern pflegten, nur die Mittelsmänner, die Declaratoren für die Adressen des Parteivorstandes gebildet hätten, womit der Nachweis für die Verbindung des Parteivorstandes mit den Wahlvereinen gegeben sei.

Gegen dies Urteil erhoben die Verurtheilte Revision an das Reichsgericht; dieses lasse die Urteil und verwies den Prozeß zur erneuten Verhandlung an denselben Gerichtshof zurück.

Das Reichsgericht-Erkenntniß stellte im wesentlichen fest, daß nicht nur den Wahlvereinen, sondern auch der Parteileitung der Charakter eines Vereins beizulegen sei, und daß auch die „Verbindung“ der Vereine unzweifelhaft nachgewiesen sei, da der eine Verein den anderen mit Geld unterstütze habe. Die einzige zweifelhafte Frage sei die, ob die Voraussetzungen des § 8 vollständig gefestigt sind, d. h. ob die Parteileitung politische Gegenstände in

Verhandlungen erörtert hat. Es müsse, da nicht jede Zusammenkunft eines politischen Vereins eine Verhandlung sei, in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob der Begriff der Verhandlung erfüllt ist. Das Gesetz spreche von Vorstehern, Leitern und Ordinarien und dies alles deute darauf hin, daß etwas mehr vorliege, als eine Vereinigung von Privatmitgliedern. Eine rechtliche Differenz des Unterschieds zwischen Sitzung und Verhandlung ist allgemein nicht zu geben, es sei aber dabei die Zahl, sowie der Art der Zusammenkünste mehr den Charakter von Vorstandsgesellschaften, ihre Zusammenkünste mehr den Charakter von Sitzungen als von Verhandlungen. Es müsse aber besonders darauf hingewiesen werden, daß der Parteileitung die Einberufung der Parteitage oblag. Unter diesen Umständen scheine es nicht ausgeschlossen, daß ein Gericht hierin den Zweck erblickt könnte, politische Erbitterungen und Verhandlungen zu veranlassen.

Die Verhandlungen begannen am 9. Uhr im kleinen Schwurgerichtssaale; die Auflage verletzt wiederum Staatsanwalt Schweiger den Vorst, nämlich wiederum Landgerichts-Direktor Küller, neben ihm waren u. a. der aus der Brauereiwerker-Kammer bekannte Landgerichtsrath Brändle und Landgerichtsrath Wagner, Sohn des bekannten Prof. Adolf Wagner. Die Vertheidigung führen die Herren Rechtsanwälte Heine und Herzfeld.

Die bei der ersten Verhandlung freigesprochenen Vertragsanteile waren von der Staatsanwaltschaft als Belastungsgesetzen vorgetragen, dagegen verzichtete die Staatsanwaltschaft auf die erneute Vernehmung des Polizeioffiziers Schöne und seines Informationslabes unter Zeichnung des Wachtmeisters Diener, so daß diese seine Gelegenheit hatten, ihrem Nachwesen aus der ersten Verhandlung ein neues Vorberichtsblatt anzufügen.

Die Vernehmung der Parteileitung.

Die Angeklagten wurden zunächst zu den Personalien verhören. Angeklagter Auer äußerte sich dann zur Auflage. Er gab zu, daß der Parteivorstand in der Woche gewöhnlich zwei Verhandlungen zusammenfasse und die Parteigeschäfte erledigt habe. Er habe es aber grundsätzlich vermieden, mit Vereinen in Verbindung zu treten.

Wenn die Württemberger Vereine sich an den Vorstand gewendet hätten, so liege das daran, daß dort das Zuverbinden treten mit politischen Vereinen erlaubt sei. Der Vorstand habe es aber, wie gesagt, stets vermieden, mit diesen Vereinen in Verbindung zu treten.

Angeklagter Bebel bestätigte das.

Vorsteher: Im ersten Prozeß ist nun festgestellt worden, daß die Vertragsanteile Gelder an den Vorstand abgeliefert haben, in denen Wahlvereinsgelder enthalten waren.

Auer: Das mag sein, wir hatten aber keine Verlassung, nach dem Ursprung der Gelder zu forschen.

Vor.: Müsste es Ihnen denn nicht ohne Weiteres auffallen?

Auer: Nein, denn die Wahlvereinsgelder bilden gegenüber den sonst aufgebrachten Geldern eine so verschwindende Summe, daß das nicht auffallen könnte. Hätte ich übrigens von dieser Manipulation Kenntniß gehabt, ich hätte interveniert, denn ich bin zu sehr gebraucht und in Bezug auf das Vereinsgebet, als daß ich mir nicht hätte sagen sollen, hieraus könne uns ein Streit gedreht werden.

Staatsanwalt Schweiger fragt die Parteivorstandsmitglieder, ob sie nicht einmal in einer solchen Verhandlung zugegen waren, in denen solche Wahlvereinsgelder den Vertragsanteilen überwiesen wurden sind.

Die Angeklagten geben war zu, daß sie Mitglieder der Wahlvereine gewesen sind, daß sie aber fast nur, wenn sie ein Reber gehabt haben, an den Vereinsversammlungen teilgenommen haben, sich speziell um die Geldangelegenheiten gar nicht kümmerten.

Auer betont nochmals, die Vernehmung der Wahlvereinsgelder mit den übrigen Geldern der Vertragsanteile ist ohne jedes Zuthun des Vorstandes, ja direkt gegen seinen Willen erfolgt. Der Vorstand habe eben von der ganzen Sache keine Kenntniß gehabt.

Im Besonderen bestreiten die Angeklagten, je persönlich einmal direkt Gelder von dem Wahlverein erhalten zu haben.

Nach einer viertelstündigen Pause begann die

Vernehmung der Wahlvereins-Vorstände in gleicher Weise und über die gleichen Punkte wie in der ersten Verhandlung, so daß eine Wiederholung überflüssig erschien. Die Thatlache, daß Gelder des Wahlvereins an den Kreis-Vertrauensmann abgeliefert wurden, wird von einzelnen Angeklagten gegeben. Antret erklärt aber, es sei selbstverständliche Voraussetzung gewesen, daß diese Gelder in erster Linie zur Agitation im betreffenden Kreise verwendet würden. Diese Ausgaben seien aber stets viel höher gewesen, als die Übergaben des Wahlvereins an den Vertrauensmann. Thatsächlich habe dieser oft seinen Wenigsten Vereinsgelder an die Parteiführer abliefern können.

Vorsteher: Bei der gemeinschen Kassenführung des Vertrauensmannes, der alle Einnahmen in einen Beutel hat und alle Ausgaben daraus bestreit, läßt sich diese Darlegung weder bestreiten noch beweisen.

Die übrigen Angeklagten schließen sich dieser Erklärung Auctris an.

Bei der Abrechnung des Wahlvereins des 4. Wahlkreises fragt Beifahrer Landgerichtsrath Wagner an, wieviel es komme, daß dort jährlich Ausgaben gebucht seien unter der Rubrik Agitation und gleichzeitig an den Vertrauensmann Gelder zur Agitation übergeben werden seien. Die Angeklagten erklären dies aus den getrennten Ausgaben des Wahlvereins und des Vertrauensmannes.

Die Vertrauensmänner haben die allgemeine, über den Rahmen des Kreises hinausgehende Agitation zu betreiben, während der Verein die Agitation im Kreise für seine Vereinszwecke im Rahmen der Statuten betreibt und daselbst selbstständig seine Gelder verwendet.

Kiesel als Vorsteher des sechsten Wahlvereins weiß über die Verwendung der Wahlvereins-Gelder gar nichts; ob und wieviel an den Vertrauensmann abgeliefert wurde, konnte er nicht sagen, da der Kassirer seine Ausgaben selbstständig machte und nur der General-Veranstaltung Abrechnung leistete. — Beifahrer Landgerichtsrath Wagner kann sich solche Kassenführung nicht vorstellen; der Kassirer kann doch erst zahlen, wenn er eine Anweisung dazu erhält; er ist doch ein Stützfinanzminister, der ohne Bewilligung nichts ausgeben darf. — Staatsanwalt Schweiger: Es kommt schließlich weniger darauf an, ob der Angeklagte weiß, wieviel der Kassirer dem Vertrauensmann übergeben wird; wird auch er nicht bestreiten wollen. — Kiesel bleibt dabei, daß der Kassirer über die Gelder selbstständig verfügt habe und nur der General-Veranstaltung Rechenschaft ablegt habe. Es wird auch noch konstatiert, daß in einzelnen Wahlkreisen (z. B. im 4. Wahlkreis) ausdrücklich im Statut die selbstständige Verwaltung der Vereinsgelder unter späterer Rechnungslegung dem Kassirer zugestanden sei. Der Schriftführer Schröder schließt sich den Ausführungen Kiesel's an.

Damit ist die Vernehmung der Angeklagten beendet. Auf die Vernehmung der Beugen wird sowohl von der Staatsanwaltschaft wie von der Vertheidigung Verzicht geleistet.

Plaidoyer.

Staatsanwalt Schweiger: Das Reichsgericht hat die Parteileitung als Verein betrachtet und nur den Nachweis verlangt, daß die Parteileitung ein Verein sei, der politische Gegenstände in Versammlungen erörtert. Nun ist aber durch Verleistung der Parteikarten, durch die Beweisaufnahme festgestellt worden, daß die Parteileitung die Verpflichtung hatte, die allgemeinen Parteitage

einzuverleben. Die Parteitage seien aber zweifellos politische Versammlungen. Die Verbindung zwischen Wahlvereinen und Parteileitung sieht der Staatsanwalt in dem vielbeschriebenen Geschehens. Die Behauptung der angeklagten Parteivorsitzendenmitglieder, daß sie von dem Geldverkehr nichts gewußt haben, halte ich für unglaublich. Ich will damit den eingetragenen Angeklagten nicht den Vorwurf bewußter Unwahrheit machen, ich glaube, sie befinden sich in Selbsttäuschung. Es muß doch anerkannt werden, daß die Bestimmungen des Vereinigungsgegesetzes selbst für Juristen schwer zu definieren sind, daß die Verbindung durch den Geldverkehr auch jetzt erst durch das Reichsgericht endgültig als ein Verstoß gegen den § 8 des Vereinigungsgegesetzes festgestellt worden ist. Die Herren haben in gutem Glauben gehandelt, daß in einem subjektiven Rechtszirkulum befinden. Dieser Zeitpunkt kann sie aber nicht vor Strafe schützen. Ich beantrage, gegen die Angeklagten auf die gleiche Strafe zu erkennen, wie im einen Prozeß und auch die Entfernung der Wahlvereine der 2., 4., 5. und 6. Wahlkreis aufrecht zu erhalten, ebenso wie die Schließung der Parteileitung.

Verteidiger Staatsanwalt Heine: Der Berichtshof ist ja an die Entscheidung des Reichsgerichts gebunden, aber die Frage bleibt doch noch zu erörtern, ob die Unterführung der Parteitage in dem Maße der Zweck der Parteileitung war, wie es das Vereinigungsgegesetz verlangt. In einer Entscheidung des Reichsgerichts ist es zwar als gleichgültig erachtet worden, ob etwas der Hauptzweck oder der Nebenzweck eines Vereins ist. Ich meine aber, das Einberufen der Parteitage ist eine so verbindende Sache, deren gegenübere der kolossal Thätigkeit der Parteileitung, daß es sich nicht verbietet, diese Frage noch einmal durch das Reichsgericht endgültig prüfen zu lassen. Die Thätigkeit der Parteileitung auf den Parteitagen ist eine ganz untergeordnete. Die Parteitage haben ihre ganz unterschiedliche Konstitution, sind nicht einmal an die Vorlagen der Parteileitung gebunden. Doch ich will die Frage nicht weiter erörtern. Mit Gründen mögen diese auch noch so gut sein, kann man keine Männer eindringen, und der Gerichtshof kann ja die Männer nicht übersteigen, die das Reichsgericht angehant hat.

Wichtiger ist die Frage der Verbindung. Die Parteileitungsfreunde sind Parteivertreter der Wählermassen, nicht etwa Vertreter hinter der Parteileitung; sie sind von den Wählern in öffentlichen Versammlungen gewählt. Die Wäscher, welche in den Büros der Wahlvereine als zur Agitation verhinder gebaut sind, sind fernweg alle durch die Hände des Parteivertretermannes gängig. Die meisten Zuhörer haben bei der Agitation Wissenscitung gewünscht, die der Wahlverein selbst trieb. Die Herren der Wahlvereine vorstehen würden ja auch gar nicht, wenn die Wäscher über den Wahlkreis hinaus laufen. Es ist das ein echter Rechtsgegenstand, der sich wohl in jeder Partei geltend macht.

Das Reichsgericht sieht in diesem Verbrechen durch die Parteivertreterseite offenbar schon an sich eine Verabredung, indem es sagt, das Geld, welches die Parteivertreterseite an die Parteidatei abzuerlösen stammte zum Theil aus den Wahlvereinen. Welche Konsequenzen hätte aber eine solche Annahme? Dann wäre ja die Verbindung schon hergestellt, wenn ein Wahlverein für sein Zimmer auf eine Nummer des "Vorwärts" abkommt. Wenn die Reberhäuser des "Vorwärts" stehen in die Parteidatei. Das Hauptgewicht ist aber darauf zu legen, ob die Herren vom Vorstand gewußt haben, daß die Parteidatei Wahlvertragszulider erzielt und das ist zu bestreiten. Die Herren selbst sagen, so hätten sie nicht gewußt und ihnen, die ihr Leben lang das Parteidatei ungezählter Tausende sich erworben und erhalten haben, sollte man nicht glauben? Der Herr Staatsanwalt sagt zwar sehr höflich und liebenswürdig, die Herren haben sich in einer Selbsttäuschung befinden, aber wenn Sie sich das zitierten durchlesen, das ja hier verfaßt hat, können Sie diese Annahme nicht aufrecht erhalten. Diese schriftliche Ausweisung beweist, daß Herr Auer das Vereinigungsgegesetz ganz genau kennt und sich in seinem Rechtszirkulum befinden haben kann. Sollte er von den Dingen Kenntnis gehabt, hätte sie auch verhindert. Es ist auch durchaus glauhaft, daß die Herren vom Vorstand webe die Generationsversammlungen beobachtet, die Berichte darüber im "Vorwärts" gelesen haben. Sie haben nichts davon gewußt, nicht einmal den *dolorus eventualis* gehabt. Die Vorstandsmitglieder haben freilich eher etwas gethan, was wie Verbindung aussieht; aber sie haben doch nie den Schritt zur Verbindung nach der einen Seite gethan, von der anderen Seite ist er nicht erwiesen worden. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Verbindung eine beweiste Sache muss und die Schließung nur bei einer beweisten Verbindung erfolgen darf. Ich beantrage, das erste Urtheil aufzuhoben und sämtliche Angeklagten freizusprechen, sowie auch die Schließung der Wahlvereine aufzuheben.

Verteidiger R. A. Herzfeldt: Die ganze Ausbildung der Parteidateiorganisation hat sich als ein Schlag in's Wasser erwiesen. Seit der Allianz hat die Partei die Wahlkreise Dortmund, Halte und Brandenburg erobert. Im schlimmsten Falle kann es sich um formale Verhälse handeln, von denen der Staatsanwalt selbst gesagt hat, daß sie erst jetzt durch das Reichsgericht endgültig als solche festgestellt worden sind. Die Parteileitung hatte nur die Parteidatei zu berufen, sie bezweckte nicht, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, denn die Parteitage waren gar keine Parteileitungsversammlungen, sondern in ihrem Thun und Lassen ganz unabhängig von der Parteileitung. Die Parteileitung hat nur das Beschäftigte, das Einberufen zu besorgen, sie war die Ausführungs-, Verwaltungsbehörde, aber kein Verein, dessen Zweck es war, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern.

Von den Angeklagten bittet nur Abg. Bebel um das Wort, die Uebrigen verzichten auf jede weitere Ausführung.
Angeklagter Bebel: Wie das Urtheil auch ausfallen wird, sofflich wird es keinen Einfluß auf die Gestaltung unserer Organisation üben. Selbst wenn, wie ich hoffe, heutige Freisprechung erfolgt, werden wir uns halten, so lange der § 8 besteht, die Parteileitung wieder nach Preußen zu verlegen. Die Geschäftsführer steht fest, die Fraktion, die Parteileitung hat ihren Sitz in Hamburg, wo der § 8 des preußischen Vereinigungsgegesetzes nicht gilt. Der Staatsanwalt ist also Unrecht, wenn er glaubt, wir hätten irgend einen Grund, der nicht die volle Wahrheit zu sagen. Ich und meine Mitangeklagten haben wirklich nicht gewußt, daß die Wahlvereine Geld an die Parteivertreter abgeliefert haben. Wir haben wirklich viel wichtiger Dinge zu thun, als uns darum zu kümmern. Ich möchte Sie nur nicht nachfragen lassen, daß ich wegen einer solchen Vappalie eleugt habe. Ich leugne niemals, ebenso wie ich auch nie abschließend das Gesetz übertreten habe. Sollte ich aber einmal eine befreigesverleugnung begangen, so fürchte ich auch die Strafe nicht. Ich bitte, mir Glauben zu schenken und schließe mich den Ausführungen der Herren Verteidiger an.

Das Urtheil haben wir bereits gestern mitgetheilt.

Lübeck und Nachbargebiete.

10. März.

Achtung! Metallarbeiter! Der Zugang von Schlössern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Berzinern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeiten nach Lübeck ist streng gänzlich fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Aufdruck gebeten.

Das Streikkomitee ersucht, bei Bezeichnung von Helden für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Die Erklärung des Gewerkschaftskartells, den Streik bei Carl Thiel u. Söhne als beendet anzusehen, und der Beschluss der Streikenden, den Streik trotzdem fortzusetzen, lasern die „E. Z.“ natürlich Wasser auf die Mühle. Sie beglückt die Mithilfung mit folgenden Worten:

Wie erfüllen sich nun all die glänzenden Verheiungen und Versprechungen der Agitatoren? Hunger und Elend, der Minzschleicher Arbeiterscham, die vor dem 15. Oktober ihr gutes Auskommen hatten, sind das Ende! Wir haben das voransgegangen und ertraten, das heißt hohes und Gott! Die Entwicklung der Dinge hat uns Recht gegeben, nicht den Aposteln der Unzufriedenheit und Verzerrung.

Es hieße, loslöse Zeitungen noch lebhafter machen, wollte man heutzutage noch all die handgreiflichen Verbrechungen und Verleumdungen widerlegen. Es mag genug sein, darauf aufmerksam zu machen, daß trotz des angeblichen „Hunger-, Elends- und Minzschleicher Arbeiterscham“ die dadurch Betroffenen treu zu den „Aposteln der Unzufriedenheit und Verzerrung“ halten, ihnen nach wie vor geistige Achtung sollen, weil sie wissen, daß sie es ehrlich mit ihnen meinen, daß aber keiner dieser Arbeiter treu alledem und alledem Achtung vor der „E. Z.“ zu gewinnen vermöge. Die „E. Z.“ hat sich durch ihre schmähliche Haltung während des Streiks für ewige Zeiten die ehliche Achtung der Lübecker Arbeiterschaft abgezogen.

Aus Anlaß der Bekämpfung des Genossen Meyer schreibt die „E. Z.“, daß „M. die „Proletarierfrankheit“ erlegen ist. Vieles hat man unter entständigen Menschen den stillschweig üden Bruch gebracht. Angehört der Moritat des Todes von Spott rufen zu lassen. Freilich unter anständigen Menschen.

Blechdümmed Goldschmidt, der Kampftag der Kirch-Tunderkönig, hat in seinem Artikel über den Streik bei Thiel u. Söhne sich außerlich, wie folgt, ausgedrückt:

Der Streik ist der wahre Kapitalismus. Er dadurch entsteht, daß die Arbeitgeber der Verteilung der Arbeit, von den wenigen Bediensteten an Arbeit entnahmen Arbeit, einen von ihnen bestimmten Arbeit, welche anstreben, selbstverständlich kein Arbeit gegeben werden. Aber es hat einen Arbeitstag geben, in einem Streik gegeben. Das Monat seit 20. Jahrhundert für Arbeit gelebt, dann es jetzt zur Zeit beginnen, aber so freudig Arbeit zu veranstalten, der Streik ist nicht ein zufällig die Partei gewesen. Außer aber die diesen Streik verantwortet hatten, müssen im weiteren Bereich der den Mitgliedern der Gewerkschaften, dem die Sozialdemokratie nicht widerstreiten, neue Stufen fortzufahren werden würden die Arbeiter erneut, dan sie im jüngste schlechte beobachten seien als bei der Sozialdemokratie. „Vater Weiß!“

Herr Goldschmidt kennt vermutlich die Ergebnisse der Berichtsverhandlungen nicht, hat auch offenbar, obwohl er Redakteur ist, keine Zeitungen gelesen, sonst könnte er solchen, zu den Thaten wie die Haft auf das Auge passenden Blödsinn nicht ernsthaft in die Welt tragen. Was übrigens d.h. Umstand anlangt, daß angeblich die Sozialdemokraten ihm nicht widerprochen haben, so ist uns von Zeugen mitgetheilt, daß er eben einerseits für Hamburger Hörer unkontrollbare Behauptungen aufgestellt, und daß andererseits auch in der fraglichen Versammlung das Werk Bleibefreiheit eine echt „freistimige“ Auslegung erfahren hat.

Der Lübecker Korrespondent des „Hamburger Fremdenblatt“ fühlt sich gemäßigt, dem verstorbene Genossen Carl Meyer das Zeugniß anzustellen, daß er kein Streiter gewesen sei. Der Todte hat es wahrlich nicht verdient, durch dieses Lob beschimpft zu werden. Über die Anerkennung des Zeilenreißers war er allzeit ebenso erhaben wie über seinen Tadel.

Zum Sekretär der hiesigen Handelskammer wurde in gestriger Sitzung dieser Körperschaft der jehige Syndicus der Hansestädtler Handelskammer Dr. Franz Sievert gewählt. Dr. Sievert war vor Jahren volkswirtschaftlicher Redakteur der „Lüb. Anz.“

Prompte Bedienung scheint das Geschäftsprinzip des hiesigen Steuerbüros zu sein. Am 8. d. Ms. wurde dem verantwortlichen Redakteur dieses Blattes ein Steuerzettel zugestellt, am 9. d. Ms. händigte man ihm einen Mahnzettel ein, welcher 55 Pfennige mehr kosten soll. Wir sagen „soll“, denn daß unter sothannen Umständen von der Bezahlung dieser Extrasteuer vorläufig nicht die Rebe sein kann, liegt trotz der binnen drei Tagen drohenden Pfändung auf der Hand.

Handelsregister. Am 8. März 1897 ist eingetragen: auf Blatt 181 bei der Firma „Carl Herm. Mich. Stave“: Die Prokura des Herrn J. H. G. Gehrken ist erloschen.

Verlesene Testamente. In der Montags-Sitzung des Amtsgerichts sind eröffnet worden: 1. das Testament des hier selbst verstorbene Kaufmanns J. W. C. Kaiser vom 13. Mai 1891; 2. das Testament der hier selbst verstorbene Ehefrau des Kaufmanns H. W. Heyke, J. A. geb. Reddelien vom 29. Mai 1880; 3. das Testament der verstorb. Witwe des Gutsverwalters J. R. Dettmers, D. C. geb. Hartmann vom 16. Februar 1897; 4. das gegenseitige Testament des Klempnermeisters J. C. D. Schwarz und seiner hier selbst verstorbene Ehefrau, C. W. geb. Wüstenberg, vom 29. September 1885; 5. das Testament des hier selbst verstorbene Privatmanns H. J. Nehm vom 26. Oktober 1885.

Die Herstellung einer Fernsprechleitung am Elbe-Trave-Kanal zwischen den rd. 65 Kilometer von einander entfernten Endpunkten Lübeck und Lauenburg mit 8 Fernsprechstellen, soll einschließlich der Lieferung sämtlicher Materialien, jedoch mit Ausschluß der Stangen, in einem Loos öffentlich verbunden werden. Bedingungen und Angebotformulare liegen im Kanalbaubüro, Kl. Bauhof Nr. 15, während der Dienststunden zur Einsicht aus, auch können dieselben gegen portofreie Einsendung von 3 Mark von dort bezogen werden. Die mit der Auf-

schrift „Angebot auf die Fernsprechleitung“ versehenen verschloßnen Angebote sind bis zum Sonnabend, den 27. März 1897, Mittags 12 Uhr, an das Kanalbaubüro einzureichen, woselbst sie zur genannten Zeit im Weise etwa erschienener Bieter geöffnet und verlesen werden.

Der Anspruch einer Witwe auf Unfallrente ist dann ausgeschlossen, wenn die Ehe erst nach dem Unfall des Mannes geschlossen wurde. Die Bestimmung des § 6 Nr. 2a des Unfallversicherungsgesetzes erfuhr durch den Rechtsstreit der Witwe Weber gegen die Nordostdeutsche Eisen- und Stahl-Verufsgegenossenschaft eine recht kritische Beleuchtung. Der Metallarbeiter Weber hatte im Jahre 1886 „beim Betriebe“ einen Schädelbruch erlitten, der äußerlich gut verheilt und anscheinend auch seinelei schadende Folgen hinterließ. Weber fühlte sich ganz gesund und arbeitete in den nächsten Jahren so tüchtig, wie er es vorher gewohnt gewesen war. Im Jahre 1891 bekräftigte er die jetzige Klägerin, immer noch vollkommen gesund. Einige Jahre darauf zeigten sich dann bei ihm Merkmale einer Gehirntumore, die schließlich seine Unterbringung in einer Irrenanstalt notwendig machte, wo er 1893 verstarb. Die Arzte stellten fest, daß unzweckhaft die Erkrankung und der Tod Folgen jenes Betriebsunfalls vom Jahre 1886 seien. Den Kindern des Verstorbenen, wovon zwei von der Klägerin geboren wurden, wurde nun eine Unfallrente zugestellt, der Witwe jedoch nicht. Und zwar fühlte sich die Genossenschaft auf die angeführte Bestimmung. Frau Weber legte vergeblich Berufung ein und wurde dann an das Reichs-Versicherungskant. Ihr Vertreter vertrat aus das eigenartige des Falles und machte geltend, es habe durch die fragliche Gesetzesbestimmung nur die Erleichterung von Renten durch Registrierverhinderung vorgenommen, die keine hier aber auch nicht im entferntesten gedacht werden. Die Frau habe ja den Mann geheirathet, als er vollkommen gesund gewesen sei und noch niemand hätte befürchten können, daß sich einigen Jahren später unzweckhafte Leidenszeiten zeigen würden. Der erste Senat des Reichsgerichts wies die Klägerin aber dennoch ab. G. A. Regierungsrath Dr. Tacozin bemerkte zur Vergründung, die Entschuldigung des § 6 ist irre, daß der Angeber in jedem Falle die Entschädigung der Witwe abgeschnitten wissen wollte, die ihre Güter erst nach den verhängnisvollen Unfällen bereithalten. Ein gegenwärtiger Antrag sei sogar abgelehnt. Gleichzeitig sei auch, daß die Folgen des Unfalls erst nach der Berechtigung in die Erscheinung getreten sind, denn der Angeber habe stets, wenn er die Anwartsrechte aus Betriebsunfällen erwähnte, das den Unfall bringende Ereignis selbst ins Auge gefaßt.

Eine Witwe wurde vor gestern unterhalb Genin aus der Trave gezogen und in das Geniner Spritzenhaus gebracht. Ob der Ertrunkene, ein auf der Wanderschaft befindlicher Partner Wiegels aus Bleckebe, vergnügt ist oder Selbstmord begangen hat, läßt sich nicht ermitteln.

Odbachlos. Sieben Personen wurden vorgestern auf dem Wege der „Razzia“ in einer Ziegeleri, wo sie übernachteten, erklapt und sieben in den wohnlicheren Wardschaff über, während 4 Personen freiwillig die Gastfreundlichkeit des Staates in Anspruch nahmen. 11 Odbachlose in einer Nacht — ein trauriges Zeichen!

Gestohlen wurde am Sonntag Abend in einer Wirtschaft in der Dankwartsgrube der Paletot eines Maurers. Als Thäter wurde der Knecht eines Mobilienhändlers ermittelt. Es stellte sich heraus, daß der Dieb sich auch der Unterschlagung und des Betruges zum Nachteil seines Herrn und eines Konditors schuldig gemacht hat.

Schößengericht. (Sitzung vom 9. März.) Ein Kleiner, welcher Ihnen unter dem Vorzeichen, er sei Ihrmacher, sich zur Reparatur geben ließ und sobald versetzte, wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt. — Ein Handlungskommiss, welcher für einen Agenten auf Provision reiste, — er erhielt ca. 24 Ms. monatlich — unterstieg seinem Prinzipal 231 Ms. 34 Pfsg. Er soll dafür auf 6 Wochen in's Gefängnis wandern.

Hamburg. Von der klassenstaatlichen Moral. Bände reden zwei kurze Notizen, welche wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen. Die eine lautet:

Ein Bild aus den Tiefen sozialen Elends. Die Polizei nahm ein etwa 14-jähriges Mädchen in Haft, welches geschlechtskrank ist, und überwies dasselbe dem Kurhause. Das Mädchen hat, wie festgestellt worden ist, Kontrolle aufgesucht und ist mit den in denselben anwesenden jungen Kaufleuten gegen Bezahlung in intimen Verkehr getreten, wobei sie sich die ansteckende Krauthaut zugezogen hat. Das auf diese Weise erworbene Geld hat das Mädchen nach seinen Angaben seinen in den elenden Verhältnissen lebenden Eltern, die außer der unmehr Verhafsten noch sechs Kinder zu versorgen hatten, gegeben. Es ist eine bekannte Thatstache, daß der Besuch kaum männlicher Kontore durch kaum der Schule entwachsene Mädchen einen besonderen Erwerb zeigt.

Die andere:

Gefährdung der Sittlichkeit durch Porzellansuppen. Auf Vereinen der Sittlichkeitsvereine hat die Polizei in Galanterie- und Porzellauwaren-Geschäften verschiedene Figuren, die als unsittlich erachtet wurden, beschlagnahmt.

Gene entsetzlichen, grauenhaften Zustände, welche die erste Mitteilung enthält, glauben mutiger Moralexe befestigen zu können, wenn sie der porzellanenen „Unsitlichkeit“ zu Leibe rücken! Narrenvolt!

Neumünster. Zu der Lohnbewegung der Maier. Vor einiger Zeit haben die hiesigen Maier gehäuft ihren Meistern einen neuen Lohntarif unterbreitet. Derselbe ist von sämtlichen Meistern, mit Ausnahme des Hrn. Brockhausen, welcher sich nicht binden wollte, unterschrieben worden. Nun wurde über das Geschäft des Letzteren die Sperre verhängt, was zur Folge hatte, daß ihm die Gehilfen, sobald sie über die Sachlage aufgeklärt waren, wieder fortließen. Auf einen solchen Widerstand von Seiten der Gehilfen hatte Herr Brockhausen gewiß nicht gerechnet. Jetzt hat derselbe sich entschlossen, den neuen Lohntarif zu unterschreiben. Damit ist die Sperre über dieses Geschäft wieder aufgehoben.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die neuen Flottenpläne. In der Budgetkommission ist die Generaldiskussion über die neuen Flottenpläne am Dienstag geschlossen worden und muß es sich nur fragen, wie die Mehrheit der Kommission sich zu den geforderten ersten Kosten für Schiffsbauten im Etat für 1897/98 stellen wird. Es handelt sich bekannt-

Sich um ein großes Panzerschiff, 2 Kreuzer, ein U-Boot, 2 Kanonenboote und eine Torpedobootsdivision. Den Konser-vativen und Nationalliberalen haben sich mit Zustim-mungserklärungen für das Programm im Ganzen unter Vorbehalt im Einzelnen, wie zu erwarten war, die Frei-konservativen und Deutsch-Sozialen (Antisemiten) ange-schlossen. Abg. Pachnicke gab namens der Freisinnigen Vereinigung eine Erklärung ab, daß man zur Zeit noch keine Veranlassung habe, eine bestimmte Stellung einzunehmen, und die Staatsforderungen im Einzelnen in den folgenden Jahren abwarten werde, eine Erklärung, welche Abgeordneter Richter mit der Vogelstraußpolitik verglich angesichts des Umstandes, daß in der Kommission der Schatzsekretär ausdrücklich feststellte, daß der Reichskanzler das Programm des Reichsmarineamts gebilligt habe, mit dem Vorbehalt natürlich der Staatsfestsetzung für die ein-jähigen Jahre. Der Vertreter der polnischen Fraktion schloß sich der Zentrumspartei an. Die Zentrumspartei wird also, falls sie geschlossen auftritt, bei der Abstim-mungen ausschlaggebend sei. Neu war, nach der "Frei-Zeitung", in der Diskussion am Dienstag der Versuch des Marineamts, die neuen Forderungen des 15. und 16. Panzerschiffes zu begründen. Die scharfe Kritik der auswärtigen Politik, welche von den Abgeordneten Galler, von Bölling und Richter im Anschluß an das Stich-wort von der Weltpolitik gestellt wurde, fand auf Seiten der Regierung keine Entgegnung. In der Reichs-regierung sorgt jedes Ressort nur für sich, denn ein organischer Zusammenhang ist eben nicht vorhanden. Zur Finanzfrage ergriff der Schatzsekretär nach allen Provokationen endlich das Wort. Er erklärte, nur der Untergebene des Reichskanzlers zu sein. Amtlich sei er mit der Sache noch nicht befaßt worden und werde auch die Frage erst an ihn kommen, wenn es sich im Staats-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unserer Blatt zu berufen.

Danksagung.

Allen Denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sowie allen Ver-einen für ihre rege Beisteigung meinen innigsten Dank.

Fran Johanna Meyer, geb. Hormann.

Den alten Freund Grell in de Emilienstrat 8 so fin hütigen Wegenest een 999 mal dünnerndes hoch, dat de Strat wackelt in dat hus upp den Kopf lo stahn künnt. Ob he sic wol wat märken lett?

Zu vermieten ein möblirtes Zimmer für 1 oder 2 junge Leute. Friedensstr. 41.

Gesucht zu Ostern 1 Schmiedelehrling. A. Nupnara, Schmiedestr., Dantwartzgr. 5.

Gesucht zu sofort ein Koch. St. Lorenz-Bäckerei, Schwartauer Allee 16a.

Gesucht eine Waschfrau Kapitellstr. 7, Hinterflügel, 1 Tr.

Gesucht zu Ostein

ein Lehrling

für meine Bau- und Möbelstischlerei. H. Hildebrandt, Tischlermeister, Dantwartzgrube 52.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling. Wilh. Festerling, Tüchermstr., Hansestraße 57.

Tüchtige Dreher und Schlosser finden dauernde Beschäftigung. Rostock. O. M. Hofwolt.

Billig zu verkaufen ein Kinderwagen, ein Schirm, fast neu, und ein dunkler Stock für mittlere Statur. Waisenallee 7a.

Billig zu verkaufen

1 fast neuer Regulirosen mit Sackelsuh Friedensstr. 41.

Zu verkaufen ein fast neuer Anzug, passend für einen Knaben von 14 Jahren. Dornestr. 24a.

Zu verkaufen eine gebrauchte dr. Commode, gut erhalten, sowie einige Thüren, sehr gut erhalten.

Zu erfragen in der Exped. d. St.

Mehrere Flaggenstangen, ca. 45 Fuß l. habe noch abzugeben. C. Stender, Untertrave 60.

Gesort zu kaufen gesucht ein Haus

mit etwas Land nahe Lübeck. Angebote mit An-

gabe des Preises und der Auszahlung unter H. L. 7 an die Expedition d. St. erbeten.

Billiger Verkauf.

Wegen gänzlicher Ausgabe des Schuhwaren-

geschäfts sollen

Schuhwaren, Reol, sowie Einrichtung der

Reparaturwerkstatt und Maschine (fast neu)

verkauft werden.

Engelswisch 35.

Miethe-Quittungs-Formulare

sind zu haben in der Exped. des Lübecker Volksboten

feststellungen für einzelne Jahre handele. Sollte er als-dann mit dem Reichsmarineamt verschiedener Meinung sehn, so werde der Reichskanzler die verantwortliche Entscheidung zu treffen haben. Das bezeichnet so recht die beiderseitige, untergeordnete Stellung, welche dem Schatzsekretär als Wahrer des Finanzinteresses in der Organi-zation der obersten Reichsbehörden angewiesen ist.

Wien. Bisher sind folgende Wahlresultate aus der 5. Wahlcurie bekannt. In Kärnthen 1 Mitglied der deutschen Volkspartei, 1 Mitglied in Schlesien derselben Partei und 1 Sozialdemokrat, in Mähren 2 Tschechen, 1 Mitglied der tschechisch-katholischen Volkspartei und 1 Sozialdemokrat.

Quittung

Für die Vermutheten sind bei der Expedition des Lübecker Volksboten eingegangen:

W. P. 0,50 Mt.

Weitere Geister nimmt gern entgegen

Die Expedition.
Johannisstraße 50.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Dienstag, den 9. März.

Vormittags.

7,25 D. Newington, Clark, von Methil in 5 Tg.

7,45 D. Traue, Meidahu, von Libau in 48 St.

9,30 D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 St.

Nachmittags.

12,05 D. Meta, Ehler, von Fehmarn in 4 Stb.

Mittwoch, den 10. März.

6,15 D. Burg, Schiel, von Drot in 9 Stb.

abgegangen:

Dienstag, den 9. März.

Nachmittags.

6,10 D. Halland, Möller, nach Kopenhagen.

Mittwoch, den 10. März.

Vormittags.

5,30 Christine, Tillmer, nach Helsinghofen.

5,20 Wilhelmine, Marsen, nach Fehmarn.

5,30 Anna Christine, Hagelstein, nach Neustadt.

6,-- Aurora, Schippe, nach Neustadt.

6,-- Anna Margarethe, Schuburg, nach Helsinghofen

6,20 Hans, Thielmann, nach Fehmarn.

6,30 Louise Julie, Adam, nach Fehmarn.

9,26 D. Livadia, Bendfeld, nach Stettin.

Wird nach Wassegård in Travemünde 8 Uhr v. SGD, schwach. — 6,32 m.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Regis ist in Rotterdam angelkommen.

D. Hylla ist von Flensburg nach hier expediert.

D. Jumara ist in Hamburg angelommen.

D. Der Preuse ist von Stettin nach hier abgegangen.

D. Bir ist von Wismar nach Rostock abgegangen.

D. Stadt Stralsund ist von Stettin via Stralsund und Rostock nach hier abgedampft.

Sternschanz-Tiekmare.

Hamburg, 9. März.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeschaut wurden 1650 Stück, davon vom Norden 500, vom Süden 1150 Stück. Preise: Verlandschweine schwer 48—50 Mt., leicht 48—50 Mt., Saren 40—46 Mt. und Ferkel 45—48 Mt. pr. 100 Mt.

Der Kühlverkauf verlief langsam.

Zugeschaut wurden 1200 Stück. Umlaufsatz blieben 1000 Stück. Preise: beste 80—90 Mt., geringere 55—70 Mt. per 100 Pf.

Bahnstr. 55. Bitte zu beachten! Bahnstr. 55. Die Lübecker Special-Reparatur-Werkstatt

liefer:

herren-Sohlen und Absätze Mt. 2,25, Damen-Sohlen und Absätze Mt. 1,50
Knaben- u. Mädchen-Sohlen u. Abs. Mt. 1,10—1,40, Kinder-Sohlen u. Abs. v. 65 Pf. an.

Jebe andere Reparatur entsprechend billig. Ausnahmslos unter Garantie Pa. Herudauer-Veder.

Prompte Bedienung, auf Wunsch in 20 Minuten.

Achtungsvoll

H. Kähler.

Hre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-brannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebrannt), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**

Inh.: G. Teichgräber.

In der Buchhandlung des "Vorwärts", Berlin SW., Beuthstraße 2, ist erschienen und durch die Expedition des "Lübecker Volksboten" zu beziehen:

Gothaer Sonnengeß-Protokoll.

Preis 30 Pf. (Porto 10 Pf.) Gebunden 50 Pf. (Porto 20 Pf.). Das nach stenographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Beifügung eines ausführlichen Sachregisters zu einem praktischen Nachschlagebuch gestaltet worden. Jedes in den Berichten der Parteiteilung und der Fraktion erwähnte politische Ereignis, jeder in den Kongressdebatten beherrschte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe festgestellt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten Anträge zum Vortag, die Verhandlungen über die Frauenfrage, die Diskussion über die Arbeiterfrage, die lehrreiche Debatte über Kunst und Socialismus reichen das diesjährige Protokoll inhaltlich zu den bedeutungsvollsten unserer Parteitagsprotokolle.

No. 30.
Vorzügl. 5 Pf.-Cigarre! Gehaltvoll!
Grosses Hamburger Bacon.

Wilh. John, Schüsselbuden 5.

Eine Parthe alte pikante
Holsteiner Käse
per Pf. 20 Pf., in Broden billiger.
Johs. Broede, Mühlendücke 7.

Empfängt heute wieder eine grössere Sendung unübertroffen feinste

Sofbutter
per Pf. 1.— Mt.
C. Krapp, Bahnstraße 6.

Heute
frische Grütz- und Brodwurst.
Georg Schmidt
obere Fleischhauerstr. 11.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Die Zukunft
der deutschen Gewerkschaften
und ihre nächste Aufgabe.

Mit einem Anhang:
Die Tätigkeit der Vertreterleute
in der Organisation.
Bon Friedr. Hoffmann.
Preis 15 Pf.

Adolf Goldschmidt,
Auctionator und Taxator,
Verkausslokal: Beckergr. 71
Parterre-Flügelräume.

Haarflechten
Stück 2 Mt.
Herrn. Jochims, Johannisstraße 8.

Durch Zufall
habe eine große Parthe unter Kommandanten
anzige spottbillig, sowie große Auswahl
billiger Arbeitsergarde und Selzenz.
Oberer Marlesgrube 13.

Quäker OATS mit Buttermilch.

Delicat!
Erquickend!
Billig!

Recept: In 1 Liter kochende Buttermilch werfe man 100 Gramm "Quäker Oats" und lige etwas Salz nach Geschmack dazu. Die Speise muß unter beständigem Rühren so lange kochen, bis es ein Brei wird (etwa 15 Minuten), der je nach Geschmack, mit oder ohne Zucker, gegessen wird. Falls die Speise länger auf der Herdplatte warm gestellt wird, muß dann und wann umgerührt werden, damit die Milch nicht gerinnt. Zu haben von allen Colonialwarenhändlern à 40 Pf. pro Packet von 1 engl. Pf.

"Quäker Oats" niemals löse.

Quartett-Verein „Luba“.

Am Sonntag den 14. März
Socialer Abend
im Lokale Brahm, Concordia-Garten.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Der Vorstand.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 11. März
10. Abonnem.-Vorst. 5 Abtl. : Gelb.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Extra-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.
1. Rang 3 Mt., 1. Parquet 2 Mt., 2. Parquet
und 2. Rang 1,50 Mt.

Doctor Klaus.

Freitag den 12. März.
Anfang 7 Uhr. Außer Abonnement.
(Kein Freitag-Abonnement.)

Einmaliges Gastspiel der Herzogl. Hofopernsängerin Frl. Marie Brüning vom Hof-Theater in Braunschweig.

Die lustigen Weiber von Windsor.
Frl. Fluth — Frl. Brüning a. G.

Vorläufige Anzeige.
Sonntag den 14. März

32. vollstümliche Vorstellung zu halben Preisen.
Gastspiel von Frl. Nielsine Genée vom Stadttheater in Hamburg.

Die Jungfrau v. Orleans

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Donnerstag, den 11. März 1897.

4. Jahrgang.

Nr. 59.

Die elektrische Lokomotive.

Vor kurzer Zeit wurde in der Tagespresse mit großer Aufmerksamkeit der Heilmannschen Lokomotive vorgestellt, die das Problem, die elektrische Lokomotive für den Weltverkehr brauchbar zu machen, gelöst haben soll. Es jetzt beherrscht die Elektrizität als Motor nur den Stadtverkehr. Ob nun gerade die Heilmannsche Lokomotive der elektrische „Rocket“ sein wird, das ist nun freilich noch eine schwierige Frage. Es ist ja selbstverständlich, daß an dem Problem zu gleicher Zeit von verschiedenen Wissenschaftlern gearbeitet wird. Wie wir in diesen Tagen hören, plant man auch bei Berlin Versuche mit einer elektrischen Lokomotive. Das klingt so neu und beeindruckend, und doch kommen wir in Deutschland diesmal schon spät genug.

Schon vor fünf Jahren ist ein Herr von Kerchoven in der belgischen Regierung mit dem Plane eingekommen, zu verwerfen mit Brüssel durch eine elektrische Bahn zu verbinden. Der damalige direkte Expresszug zwischen diesen Städten brauchte 50 Minuten. Die geplante elektrische Bahn sollte die Strecke in 20 Minuten mit einer Geschwindigkeit von 132 Kilometern die Stunde zurücklegen. Bei dieser neuen Zugverbindung war die Gefahr einer Entgleisung, des Zueinanderfahrens und Zertrümmerns der Wagen nahezu ausgeschlossen. Die Züge sollten sich alle zehn Minuten folgen und die Preise äußerst niedrig gesetzt werden. Dieses Projekt kam jedoch nicht zu stande, da die belgische Regierung große „Bedenken“ hatte.

Zu gleicher Zeit etwa wurde nach dem nämlichen System eine 400 Kilometer lange elektrische Bahn Chicago-Springfield-Alton-St. Louis geplant. Beide Projekte faßten die eigentliche elektrische Lokomotive noch nicht. Gest die Chicagor Weltausstellung führte 1893 eine für Hauptbahnen konstruierte elektrische Lokomotive vor, bei der der Strom den zwei in der Maschine gelieferten Elektromotoren von außen zugeführt wird. Der nächste Fortschritt bestand nun darin, die Motoren direkt von der Maschine aus zu speisen und das ist bei der Heilmannschen Lokomotive der Fall.

Eine mitgefahrtene Dampfmaschine erzeugt die nötige Elektrizität. Eine solche Lokomotive erreicht eine Geschwindigkeit von 100 Kilometer pro Stunde. Sie ist doppelt so leistungsfähig wie unsere jetzigen Lokomotiven, die mit einem Zuge von 20 Wagen ca. 10 Kilogramm Kohle pro Kilometer verbrennen, und soll bei doppelter Zuglast nur 6 Kilogramm Kohlen pro Kilometer benötigen, wenn sie hält, was die Pariser Société Alsacienne (Eiffel'sche Gesellschaft), deren Chef elektriker Herr Heilmann ist, verspricht.

*) Rocket heisst jene Maschine, mit der Georg Stephenson, der große englische Ingenieur, im Jahre 1829 bei dem Preiswettbewerb der Liverpool-Manchester Eisenbahn für die beste Maschine den ersten Preis errang. Die Rocket zog ihr fünftausendfaches Gewicht und legte in der Stunde 14 bis 20 englische Meilen (etwa fünf Wegstunden) zurück. Man vergleiche damit die ungeheuren ehemaligen Slaven, welche hente die modernen Glückschleppen!

Zumindest verlautet jüngstens, daß diese Erfindung noch nicht wieder übertrumpft sein soll. In der Baldwin-Westinghouse Lokomotivfabrik in Philadelphia ist eine elektrische Lokomotive fertiggestellt worden, deren Leistungsfähigkeit alles auf diesem Gebiet übertroffen in den Schotten zu stellen verspricht. Bei den angestellten Probefahrten soll diese Lokomotive eine Strecke von 120 Meilen in einer Stunde zurückgelegt haben. Wie der elektrische Leiter der obengenannten Gesellschaft, David L. Barnes, versichert, könne die Lokomotive mit der gleichen Leistung 150 wie 120 Meilen, also ca. 240 Kilometer in der Stunde zurücklegen, sofern das Geleise dazu hergerichtet ist.

Was für eine Revolution die elektrische Lokomotive auf dem Gebiete des Verkehrswesens wie auf dem der Industrie hervorrufen würde, ist vorerst noch gar nicht abzusehen. Zur Zeit sind auf der ganzen Welt etwa 110 000 Lokomotiven alten Systems in Betrieb, davon 35 000 in Amerika, 17 000 in Großbritannien, 15 000 in Deutschland. Man bedenke, daß diese Classe von Dampflokomotiven durch die elektrischen verdrängt werden sollen! Welchen Aufschwung würde da die Eisenindustrie erleben! Eine einzige elektrische Lokomotive verursacht allein einen Kostenaufwand von 100 000 M. Wie nahe aber doch schon diese Umwälzung bevorsteht, beweist der Umstand, daß in deutschen Hochkreisen bereits das Problem der Verwendung der Elektrizität für den Betrieb großer Bahnenlinien, z. B. der Verbindung Berlin-München diskutiert wird. Selbst in Russland geht man ernstlich mit dem Plane um, die eine oder andere Hauptbahn mit elektrischer Kraft einzurichten. Bei den großen Errungenissen der neuen russisch-sibirischen Bahn ist für das Gedeihen des ganzen Unternehmens die Geschwindigkeit der Fahrt von ausschlaggebender Bedeutung; und der elektrische Motor nur allein ist im Stande, die Geschwindigkeit des Transportes wesentlich gegen heute zu erhöhen.

Soziales und Partei-Leben.

D u i t s c h

über bei der Generalkommunikation der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 29. Januar 1896 bis 4. März 1897 eingegangenen Gelder.

Quartalsbeiträge (1. Quartal 1896) Verband der Schneider 281,80 M. Quartalsbeiträge (4. Quartal 1896) Verband der Töpfer 175 M. Quartalsbeiträge (3. Quartal 1896) Verband der Tobakarbeiter 391 M. Quartalsbeiträge (3. Quartal 1896) Verband der Textilarbeiter 452,50 M. Quartalsbeiträge (4. Quartal 1896) Verband der Bergarbeiter 30,83 M. Quartalsbeiträge (3. und 4. Quartal 1896) Verband der Schiffszimmerer 71,74 M. Quartalsbeiträge (4. Quartal 1896) Verband der Zimmerer 386,40 M. Zulieferer gingen noch ein zur Deckung des Defizits: vom Verband der Bergarbeiter 25,20 M.

A. Rüste,

Hamburg-Gimbel, Meißnerstraße 5, Haus 1. Düsseldorf. Der Streik der Binnerleute beim Rheinbrückenbau ist beendet und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Die Firma hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt, woraufhin sämtliche Ausländer am Sonnabend die Arbeit wieder aufnahmen.

Barmen. Die Holzarbeiter zu Barmen-Elsfeld sind Montag in den Ausstand eingetreten.

schwieriger ist, als ihm dem Fortschritt zugänglich zu machen.

Aber allmählich wird es doch gelingen — und es ist teilweise schon gelungen. Nur in Gebirgsdörfern herrschen noch die alten schönen, frommen Sitten von ehedem.

Lindau gehörte zu diesen bevorzugten, welche die alte Bauernart treu bewahrt hatten. Freilich, vor einiger Zeit begann sich auch hier unter der jüngeren Generation ein freierer Geist zu regen.

Diese Regungen hatte der alte Schulmeister Dietrich auf dem Gewissen. Er war es, der diese ungehörigen Keime der Aufklärung gesät, und sie waren in einigen Köpfen aufgegangen. Aber diese gefährliche Saat mußte schnell unterdrückt, die Gefahr beseitigt werden.

Es war nicht schwer: der revolutionäre Ideen huldigende Schulmeister Dietrich wurde mit einem jährlichen Gehalt von achtzig Gulden pensionirt; er zog es vor, zu sterben.

Der Neuername war ein loyaler, pflichtgetreuer Mann, der mit dem Pfarrer im Verein die ihm anvertraute Heerde wieder zu dem alten, ehrtwürdigen Überglauben zurückführte. Die Lindauer schienen vor den zerstörenden Einflüssen des modernen Geistes gesichert!

Dieses Dorflein hatte die Gesellschaft nun betreten. Die Hütte erschien, nachdem man den Wald verlassen, drückend; das Tempo des Marsches hatte sich sehr verlangsamt; auch der General schien er müd, nichtsdestoweniger waren er und Hauptmann Liesenbach allen überzeugt voraus, was ihn nicht wenig zu befriedigen schien. Sie kamen an ein Gehöft, das durch die vorerwähnten Merkmale des Wohlstandes den Sinnen der Vorübergehenden schon aus ziemlicher Entfernung wahrnehmbar wurde. Das Haus schien eines der stattlichsten. Ein alter, aber noch robuster Mann, der die herkömmliche Ledershose und eine große, bunte Weste trug, saß in

Gelsenkirchen. In den hiesigen Gußstahl- und Eisenwerken, vorm. Munscheid u. Co., ist ein Streik ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter dieses Werkes haben gestern die Arbeit niedergelegt, weil ihr Verlangen nach fester Regelung der Altkordlohnsätze vom Director der Fabrik mit der Entlassung der der Deputation angehörenden Arbeiter beantwortet wurde. Die Streikenden wollen die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen, bevor nicht ein fester Tarif die Altkordlohnsätze regelt.

Schwer erkrankt ist der Reichstagsabgeordnete für Königsberg in Preußen, Genosse Karl Schulze. Seit längerer Zeit lungenleidend, bekam er in der Sonnenabendnacht einen heftigen Blutsturz, der das schlimmste befürchtete ließ. Wie dem "Vorw." am Montag gemeldet wurde, ist die unmittelbare Gefahr glücklicherweise wenigstens vorläufig beseitigt. Möge es der ärztlichen Kunst gelingen, den bewährten Parteigenossen, der droben in der fernsten Estland das Vanner des Sozialismus unter den schwierigsten Umständen hochhält, bald und dauernd wieder herzustellen!

Aus Nah und Fern.

Eine historische Reminiszenz. Bei jeder Gelegenheit volltönende Leben zu halten, war bekanntlich eine besondere Lieblingsneigung des vor 35 Jahren verstorbenen Preußens Königs Friedrich Wilhelm IV. Welchen Eindruck er damit bei unbefangenen Beurtheilern erzielte? Nun, ein Beispiel: „Einem Aufsatz des Professors Gesseken entnimmt die „Nation“ folgende Charakteristik des königlichen Redners durch Prinz Albert, den Prinz Gemahl der Königin von England: „Die Stube des Königs (bei Eröffnung des Vereinigten Landtages) ist eine merkwürdige Probe der Veredeltheit, die zum Herzen dringt, aber den Verstand unbesiedigt läßt. Stellt man sich an die Stelle eines fast kritisirenden Publikums, so wird einem flau zu Muth. Welche Verwirrung der Griffe und welche Mühsel, aus dem Stegreif, als König, in einem solchen Moment und in solcher Länge alle die entschiedensten, schwierigsten Punkte zu berühren, nicht nur, sondern kennt und Fall abzuthun, Gott zum Zeugen aufzurufen, zu versprechen, drohen, schwören u. s. f. Es läßt sich von Gleichen wissen, die seiner Phantasie zusagen, die er nur soweit ausführt, als sie zu seinem Kram passen und die oft die wahre Lage der Dinge gar nicht wiedergeben, aber, weil sie geistreich sind, ihn befriedigen, es macht eine schwere Argumentation unmöglich. Dann läuft er noch Gefahr, daß er subjektive Gefühle und Ansichten als Beweggründe seiner Handlungen nimmt, und nicht nur danach handelt, sondern auch verlangt, daß, da diese Gefühle und Ansichten ihm heilig und heuer sind, sie es nun auch allen Anderen sein sollen, die nicht im Geringsten dadurch berührt sind. Dafür gehören die Pietätsgefühle gegen Friedrich Wilhelm III., die nur der Sohn fühlen kann, oder die aus gewissen Lieblingsstudien und Gedanken für ihn entstammten Lieblingsgrundsätze.“ Ebenso urtheilt Heinrich von Treitschke über den königlichen Stegreifredner. Und vollends auf das damals noch sehr fantastische Berliner Publikum machten die Reden des Königs einen für das Königthum nichts weniger als vortheilhaftem Eindruck. Da der König gegen eine Abwehr seitens der Beteiligten durch die Majestätsbeleidigung

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(13. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Aus diesem Vorhause führen zwei entgegengesetzte Thüren in die Stuben. Man blickt sich stark und kommt in ein kleines Gemach, unter dessen hölzerner Decke ein hochgewachsener Mann nicht gerade stehen kann, aber die Stube ist, seiner Ansicht nach, auch nicht da, um darin zu stehen, man sitzt oder schläft darin.

Die winzigen Fenster bleiben immer geschlossen, ja, sie sind meistens garnicht zum Öffnen eingerichtet, es herrscht deshalb auch hier ein gewisser müffiger Geruch, der alle Gegenstände so imprägnirt hat, daß, wenn man ein Bettzeug oder ein Möbel einer solchen Stube entnimmt und in eine andere gutgeliste bringt, dies noch monatelang dasselbe durchdringende Aroma behält. Ertranken die Kinder und findet der meist zu spät herbeigerufene Arzt die Atmosphäre tödtlich, drängt er den reichen Bauer, seine Fenster zu vergrößern, die Decke zu heben, Luft und Licht hereinzulassen, so schüttelt er den Kopf, aber er lächelt gar pfiffig und meint: „B' wegen was denn? Mir san do a kräftigerer Schlag, als wie os Stadtteil, und gefünd do san ma obendrein.“ Werden die Kinder trotzdem schlechter, erscheint ihr Zustand hoffnungslos, so thut er ein frommes Gelübde, verspricht eine Wallfahrt zu unternehmen oder spendirt ein schönes Heiligenbild der Kirche, im Nebrigen bleibt beim Alten, und wenn ihm auch alle Kinder sterben, es war dann Gottes Wille.

Man nennt dies Festhalten an dem Hergeschritten die Pietät des Bauern und hat ihm ein großes Verdienst daraus gemacht. Gewiß ist, daß der Konservativismus im Bauer seine größte Stütze hat und daß nichts

Hemdärmeln vor dem Baune auf einer aus einem Bretts und mehreren Holzplättchen zusammengefügten Bank, die von einer alten, seitwärts stehenden Linde beschattet war. Sein Haupt war trok der Hütte mit einer schweren Pelzmütze bedeckt, er hatte die Pfeife im Mund, obwohl sie längst ausgeraucht war, und sah gleichmütig vor sich hin. Die Offiziere machten einige Schritte vor ihm halt, der Schatten zog sie offenbar an. Der General pustete stark, er wolle hier die Damen erwarten, sagte er. Der Alte, dem die glänzende Uniform wohl imponierte, rückte ein wenig an seiner Pelzmütze, blieb jedoch ruhig sitzen. Die Herren traten an ihn heran; sie wollten das Wohnhaus des Professors erfragen und bei der Gelegenheit einige freundliche Worte mit dem Bauern wechseln. Der Adelige sowie der Militär wissen es ganz gut, daß die Bauern eine Macht sind, auf die sie sich zu stützen vermögen, sie sind ihre verlässlichsten, ja, ihre einzigen Bundesgenossen in dem Kampfe gegen die soziale Bewegung, sie waren es hauptsächlich, die dem Ueberflüchten der neuen revolutionären Ideen einen Damm entgegengesetzt, der noch eine Zeit lang vorhalten wird. Es gehört somit zu ihrer Politik, sich ihre Bundesgenossen zu erhalten, wie es zur Politik selbst des am wenigsten weitsehenden Gutsbesitzers gehört, seine Knechte zwar in Respekt zu halten, aber sich ihnen niemals zu entfremden.

„Nun, Alter, schmeckt's?“ fragte der General mit jener biederer Barschheit, die den Soldaten charakterisiren soll.

„Mein's wohl“, entgegnete der andere kurz.

„Ein stattliches Gehöft das, wie nennt man es?“

„Das heißt bei mir der Grillenhof.“

„Seid wohl der Bauer selbst?“

„Na, wer denn sonst?“

„Hab' schon von Euch gehört, seid einer von den Reichen hier.“

Der Bauer sah den Sprecher mißtrauisch von der

Digung s-Paragrafen geschützt war, so klebte sich die an seinen Reden geübte Kritik in die Form unverfälschter und unpersönlicher Witzeleien, die dann allerdings von Mund zu Mund gingen. So hatte der Berliner Witz mit Rücksicht auf den Schluss der bei der Heiligungfeier gehaltenen Rede „Das gelobe und schwöre ich“ als Ausdruck der kritischen Stimmung der Bevölkerung die Antwort formuliert: „Der Stroh ist schwerlich.“ Die unschönen Erfahrungen, die der König Friedrich Wilhelm IV. mit den Reden machen musste, die er selbst für seine schönsten hielt, haben ihn dahin gebracht, daß er in den späteren Jahren seiner Regierung recht schweigend wurde.

Gasserode. Im Dampfmahlwerk Niewerth bei Gasserode wurde der Schmied Ludwig Ohlme, Vater von sechs unerzogenen Kindern, buchstäblich in Stücke gerissen.

Die Mörder des Rentiers Pforte in Meissen sind am Donnerstag Abend verhaftet worden. Es sind dies der Dienstleute Breitenfeld aus Lehn und der Schiffer Schilling aus Neudorfchen.

Dortmund. Die Strafammer verurteilte die vierzehnjährige Dienstmagd Anna Kerla wegen dreifacher Brandstiftung und Vorderversuches zu zwei Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Jahre beantragt. Die Kerla hatte das Kind ihrer Herrschaft zu ersticken versucht und die Betteln in Brand gesteckt, weil sie, infolge schlechter Behandlung, zu ihren Eltern zurückkehren wollte.

Barmen. Emil Rittershaus ist Montag früh 5 Uhr nach langerem Leiden gestorben. In jüngeren Jahren war Rittershaus ein Fortschrittsmann, und seine politischen Gedichte trugen zuweilen den Ton Freisigrath'scher Leidenschaftlichkeit. Später ging er dazu über, bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten den Friedrichsruher Abgott der nationalliberalen und anderen reaktionären Partei Interessen zu befingen. Jedenfalls verliert an Rittershaus die einst sehr „moderne“, jetzt allerdings in Misskredit gekommene Bismarck-Poesie ihren unentwegtesten Veteranen, so daß die Großindustriellen des Westens, deren Bismarckgefühle er in tönende Reime zu kleiden wußte, den Verlust, den der bismarckisch-schutzgöllnerische Kohlen- und Eisen-Parnass erlitten hat, schwer empfinden werden.

Wiesbaden. In Nouenthal hat der bekannte Wagnermeister Broeck den jungen Führknecht Dick, welcher ihn geneckt, mit einem Steinmeisen getötet.

Der Spion von Aalen hat ein Gezenstück gefunden. Besagter Spion wurde bekanntlich von den Bürgern der belagerten Reichsstadt Aalen in's feindliche Lager gesandt, um die Absichten der Feinde zu erforschen, welchen Auftrag er damit auszuführen begann, daß er sich als Spion vorstelle und um Auskunft bat. So ungefähr hat es der Polizist eines Dorfes bei Sonderhausen auch gemacht. Der Gemeindevorstand gab dem Gemeindeinhaber den Auftrag, bei einem Einwohner unter dessen Fenster zu horchen, ob dieselbe etwa noch sozialdemokratische Schriften lese. Dieser Gemeindeinhaber hat nun seinen Auftrag in folgender Weise ausgeführt: Derselbe geht zu dem betreffenden Einwohner, klopft höflich an die Thür und berichtet über den erhaltenen Auftrag. Das tragische Ende war die abschlagige Suspenderung des zu pflichtstrengen Gemeindeinhabers von seinem Amte. Der sozialdemokratische Einwohner kann es aber gar nicht begreifen, mit welchem Recht sich der Gemeindevorstand um seine Lektüre kümmert.

Herrschweiler (Vloth.). Schreckliches Unglüx. Eine 76-jährige Witwe bewohnte mit ihrer 40-jährigen Tochter ein kleines Häuschen. Als neulich Abends die Petroleumlampe zu erhöhen drohte, wollte die Tochter nachfüllen, war aber unvorsichtig genug, die Flamme weiterbrennen zu lassen. Die etwa vier Liter haltende

Seite an. „Ich hab' mein Auskommen“, sagte er dann kurz und ausweichend, und fügte erst nach einer Pause nachlässig hinzu: „Hof und Wirtschaft g'hören übrigens mein ältesten Buben.“

„Lorenz Grillhofer der Zweite, nicht so?“ fragte der General mit freundlich lächelnder Herablassung. „Ganz wie bei den Dynastien“, wendete er sich an den Hauptmann und dann wieder zu dem Alten: „Ich habe davon gehört, daß Er seine Besitzung neuerdings arrendirt habe.“

Der Bauer blinzelte noch argwöhnischer nach ihm hin. „Mit Verlaub zu fragen, die Herren thäten wohl von der Wienerstadt kommen, wo's alles wissen müssen. Wir Bauer denken aber: Biel Wissen macht Kopfweh.“

„Ich bin der Gutsbesitzer von Hohenwang“, sagte streng der General.

Lorenz Grillhofer erhob sich und rückte abermals die schwere Mütze, behielt die Pfeife jedoch nach wie vor im Munde.

„Ah,“ sagte er, „das läßt sich hören; ich wollt's nur wissen, mit wem ich die Ehre hab'; es kommen oft so Lumpige, windige Stadtdeut' (er sah dabei auf den Hauptmann) und fragen uns aus, und glauben, wir sind so dasset und werden ihnen Alles auf die Nase binden. Ja, angepumpt! Wir kennen uns aus!“

Er machte ein ungeheuer schlaues Gesicht und versuchte dann einen etwas verpätenen Kratzfuß:

„Na, es thät mich recht freuen, daß Sie der Guts herr sind; dem kann ich's schon vertrauen, daß der Lorenz, mein Vetter, ein hübsches Sächerl beieinander hat; das Meiste davon hat er freilich von seiner seligen Mutter geerbt, das war eine Entenhuberische, wissen's!“ fügte er

Petroleumkanne fing plötzlich Feuer, explodierte und setzte die Tochter sofort in Flammen. Die ihr zu Hilfe eilende alte Mutter wurde ebenfalls von den Flammen ergriffen. Unter entsetzlichen Schmerzen eilten Mutter und Tochter auf die Straße, wo ihnen schnell herbeigeeilte Nachbarn die Kleider vom Leibe rissen, aber nicht verhindern konnten, daß sie über und über mit schweren Brandwunden bedeckt wurden. Beide Verletzte starben trotz aller ärztlichen Bemühungen innerhalb weniger Stunden. Wird auch dieser entsetzliche Vorfall nicht zur Vorsicht bei dem Handieren mit Petroleum ernstlich mahnen?

Stockholm. Der Bremer Hansabampfer „Nolandsee“ mit Flaggen besab, ist auf Deland gestrandet und voll Wasser. Nähere Nachrichten fehlen.

Bei einer Feuersbrunst in einem zweistöckigen Hause der Petersburger Vorstadt Galerienhafen, welche von älteren Leuten bewohnt ist, kamen am Sonnabend früh sechs Menschen um.

Geheimnisvolle Krankheit. Im Dorfe Ursie bei Hettre im Landbezirk Wieden ist nach dem Mainländer Blatt „La Gera“, wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, eine unbekannte Krankheit ausgebrochen. Vier Tote gab es in wenigen Tagen. Die Kranken und Leichen zeigen sonderbare Flecken. Die Bevölkerung befindet sich in großer Aufregung.

Bettel weitergeben! Das „Wiener Fremdenblatt“ erzählt folgendes Geschichtchen: Allzu große Vorsicht schadet oft. Das zeigte sich bei der letzten Première des Theaters in der Josefstadt. Man gab zum ersten Male „Die Ladenmäuse“. Das Stück gefiel wirklich, wie ein zukünftiges Kassenstück; nichts destoweniger wollte der besorgte Claqueur ein Uebriges thun, namentlich für den zweiten Akt. So sah man denn während dieses Altes einen Bisselten auf zwei im Hause heimische Herren zu gehen, die auf der ersten Gallerie saßen. Der Diener übergab den beiden Herren einen zusammengefalteten Zettel, auf dem die Worte standen: Bettel weitergeben!! Nach 2. Akt lange applaudiren!! Die Empfänger des Bettels, der die Kampfparole für die Claque des Abends enthält und selbstverständlich nur für die auf dieselbe Eingeschworenen bestimmt war, gaben ihn tatsächlich weiter. Doch — wie es kam, weiß man heute noch nicht — der Zettel kam auch ins Publikum! Ein Mann von der Claque hatte sich offenbar geirrt und den Zettel an seinen Nebenmann gegeben, ohne in der Hitze des Gefechts sich zu überzeugen, ob der Nachbar ein Eingeschworener sei oder nicht. Das betreffende Mitglied des wirklichen Publikums nahm aber den Zettel aus Spann erst, und ließ nun die Klatschlosung thörfächlich zirkulieren. Und als es zum Schluss des zweiten Altes kam, da handelte die ganze erste Gallerie im Sinne der Parole, die da lautete: „Nach zweitem Akt lange applaudiren.“ Einem Besucher des Parterres währte aber der Enthusiasmus der ersten Gallerie gar zu lange und so schrie er hinauf: „Warum hört Ihr denn noch immer nicht auf, 's ist ja schon genug! — Da beugte sich ein beschäftiger Josefsländer über die Brüstung herab und rief lachend zurück: „Aber wir müssen ja lang applaudiren; auf unsern Zettel is 's so g'standen!“ Und dabei hielt er das Papier hoch in die Höhe.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 27. Februar bis 6. März 1897.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

22 Februar Verwalter des Werk- und Buchhauses Robert Hermann Ernst 25. Kaufbauer Johann Peter Wilhelm Numann 26. Maurergeselle Wilhelm Gustav Henning, Krempelsdorf. 27. Arbeitsmann Joschen Wilhelm Ferdinand Langhans gen. Xavier. 28. Maurergeselle Heinrich Wilhelm Petelsdorf. Maler Carl Julius Gottfried Lüttmann. Posthülfshilfe Theodor Joachim

mit einem stolzen Augenzwinkern hinzu. „Und das sind die Reichen hier herum, na, und dann hat der Lorenz halt selber eine Dirn' g'nommen, die ihm was zugebracht hat — und so läppert sich das zusammen. Er hat's gescheit anzfangen, den Lorenz, als ich alter Esel, der von seiner Ersten nichts übertragen hat, weil's im Kontrakt festgestellt war, daß dem Sohn Alles gehören soll, und von meiner Zweiten hab' ich erst rechts kriegt, — na, ja, weil's nichts g'habt hat. So eine Schulmeisterische, wo soll's da herkommen! Die Tochter vom alten Dietrich war's, ein armes Sächerl.“

„Warum habt Ihr sie geheirathet?“

„Warum? Na, weil mich halt der Teufel g'ritten hat, und weil ich mich in ihre hübsche Larven völlig verschamerkt hab', na, und weil ein' Andere, auf die ich auch ein Aug' g'habt hab', mich nicht mögen hat, na, und so ist's halt kommen, und so macht halt der Mensch schon manchmal a Dummheit. Na, ich will ihr nichts Böses nachsagen, sie ist schon lange tot — aber a faktische Dummheit war's halt doch g'wiß!“

„Und habt Ihr auch mit dieser zweiten Frau Kinder?“ fragte der Hauptmann, der doch auch etwas sagen wollte.

„Ein' Buben hab' ich, hol' ihn der Kukul, der ist ganz nach ihrer Art, der Steffel, der hat auch ein Radel zu viel im Kopf!“

„Ein fauler, ungeberdiger Bursche wohl?“ meinte der General.

„Bewahre, er ist mehr so ein Grimlicher, so ein Duckmäuser; aber arbeiten kann er, wenn er will, für zwei. Es ist der Sägemüller da unten.“

Er wies mit der Hand nach einem Hügel, an den ein

Georg Heinrich Ernst Fid. 1. März. Schuhmachergeselle Wilhelm Kirschner. Böttchergeselle Friedrich Simon Bärthel. Arbeitsmann Heinrich Jacob Höpner. Kaufmann Joseph Bruns. Schneidegeselle Gustav Albert Michael Schlossgeselle Adolf Hugo Louis Victor Lobien. Lehrer August Jensen. 5. Arbeitsmann Johann Joachim Friedrich Hölsmann. Landmann Ernst Christian Ahrens.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

17. Februar. Arbeitsmann Peter Heinrich Ahrens. 22. Arbeitsmann Karl Johann Nachtmann. 23. Sägemüller Martin Herblauhausen. 24. Schneider Gustav Albert Michael Schuhmacher Theodor Gustav Karl Wohle. Kaufmann Joachim Heinrich Vorgwardt. Arbeitsmann Adolph Carl E. Stolten. 25. Maurergeselle Johann Heinrich Wackendorf. Arbeitsmann Wilhelm Wittluh. Arbeitsmann Johann August Wegner. Schneidegeselle Albert Friedrich Wilhelm. 26. Schuhmacher Johann Friedrich Carl Köhler. Bierfischer Joachim Hans Heinrich Dahr. 1. März. Zimmermann Heinrich Janssen. Wilhelmshöhe. Kaufmann Hermann D. Denster. Arbeitsmann Eduard Heinrich Joachim Dose. Carl Ludwig Eduard Hirschorn. 2. Arbeitsmann Matthias Heinrich Baeder. Steinmeyer Franz Heinrich Erdmann. Schuhmachergeselle Adolph Evertz Ehren. 3. Arbeitsmann Heinrich Joachim Friedrich Spindler. (Fortsetzung.)

Sterbefälle.

27. Februar. Henry Walther Meyer. 4. M. Pest Johanna Christoph Friedrich Strunk, 73 J. 28. Christine Anna Alwine Neppenhagen, 7 J. 1. März. Martha Frieda Wäde, 7 M. Catharina Dorothea Christine geb. Niels 68 J. Carl Bernhard Welstein, 10 M. 2. Lisette Maria E. Knabe, 7 J. 3. Arbeitsmann Johann Heinrich Wackendorf, E. Arbeitsmann Johann Peter. 4. Ein tödgeb. Knabe, 8 J. Arbeitsmann Johann Carl Hermann Fid. 68 J. 5. Kauf Friedrich Georg Heinrich Buck, 68 J. Kornräger Joachim Heinrich Meek, 42 J. 6. Ein tödgeb. Knabe, 8 J. Schuhmäuse Johanna Joachim Heinrich Nidder. Elsa Minna Johansen, 4 M. Zimmergeselle Carl Friedrich Joachim 38 J. Anna Maria geb. Kraemer. Chefarzt des Zimmers Heinrich Christian Conrad Fischer, 30 J. Arbeitsmann Friedrich Elias Weich, 64 J. Träger Hans Jochen H. Sterley (Sterly), 64 J. Matilde geb. Haader. Chefarzt des mannes Heinrich August Wilhelm Hinslitter, 62 J. Postle a. D. Johann Heinrich August Zehlsheimer, 72 J. Maurer Johann Jacob Wilhelm Wehren, 62 J. Christine Dorothea geb. Peter. 7. Arbeitsmann Heinrich August Wilhelm Böhme, 62 J. Arbeitsmann Johann Peter Wilhelm Schulte. 8. Arbeitsmann Heinrich Joachim Johannes Christian Eduard G. verw. Wendt, 67 J. Arbeitsmann Johann Gottlieb Geisseler. Meta Rosa Sophie Henriette Elvers, 8 M. Arbeitsmann Heinrich Schäfer, 61 J. 9. Kaufmann Heinrich Theodor Schaeffer, 49 J.

Angeordnete Aufgebote.

März 1. Musiker Julius Heinrich August Johannis W. Beckmann und Magdalene Catharine Wichmann, beide zu Hause Bierfahrer Heinrich Johann Christoph Koch und Anna Elisabeth Wilhelmine Karoline Karow. 2. Kaufmann Philipp Dietrich El. Palo in Amerika und Anna Sophie Henriette Brühn Telegraphenassistent Carl Christian Louis Oehlenschläger Louise Barbara Bindemann. Tapeziergeselle Paul Friedrich Andreas Heydt und Auguste Johanna Marie Petersen. Schuhmäuse Emil Friedrich Richard Trenns und Marie Helene Sophie Schröder zu Schwerin. 4. Schneidegeselle Wilhelm Christian Heinrich Völler und Caroline Wilhelmine Christine Karpel Anna Kasil. Arbeiter Wilhelm Joachim Johannes Böhme Johanna Dorothea Elisabeth Johanneßon. Bahntechniker Johann Anton Wilhelm Hövel zu Charlottenburg und Maria Karoline Jepsen. 5. Arbeiter Friedrich Heinrich Joachim Heinrich und Katharina Elisabeth Wilhelmine Högl zu Kappeln. 6. Schneidegeselle Nicolaius Friedrich Wiedert zu Broder und Catharina Maria Wilhelmine Högl zu Kappeln. 7. Schneidegeselle Heinrich Johann August Venisch zu Balingen und Anna Maria Elisabeth Krellenberg zu Balingen.

Eheschließungen.

März 2. Bribatmann Adolf Heinrich Carl Ehrich 1. Johanna Maria Elisabeth geb. Königs, des Geschäftsführers Joachim Heinrich Friedrich Meier Wittwe. 5. Kutschler Johann Heinrich Kamm und Anna Maria Luise Fisch zu Walingen. Optiker Heinrich Anton Joachim Friedrich Schröder und El. Dorothea Amanda Hoffmann.

unfürmliches Brettergebäude sich lehnte. Kein Varm tönen darüber, auch das eigenthümliche Achzen, welches die Säge verursacht, war nicht vernehmbar, denn die Welle stand still.

„Er hat jetzt wenig Arbeit,“ erklärte Grillhofer, „aber wird weiterhin noch weniger haben, da die gnädige Herrschaft ja selber, wie ich hör', eine Sägemühle bauen mit Dampf dazu. Ja, ja, diese neuen Erfindungen die hat der Teufel in die Welt gesetzt, um uns Bauern damit zu Grunde zu richten. Dem Steffel bricht's das Genick, ist ohnehin ein Habenichts (er machte eine verächtliche Geste); das Geringe, was ich hinterlasse, das hab' ich mein' Altesten zuschreiben lassen, damit das Sächerl doch hübsch beieinander bleibt.“

„Ja, es ist wahr,“ erwähnte der General mit einiger Lebhaftigkeit, „hier existiert noch in vielen Gemeinden die alte, gute Sitte der Majorate, die allein der Gütersplittersplitterung vorbeugen kann, aber gesetzlich ist sie nicht und Euer Sohn könnte gegen diese Bestimmung protestieren.“

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

„Der sozialistische Student“ (Berlin C. Seydelstr. 1) enthält in seinem Februarheft: Catilina, Corporation und Studentenlehre. — Karl Hendel, Der Corpsbursch. — Pietro Mazzantini, Die Studenten-Ururen in Italien. — Arthur Jacoby, Aus den Reichsländern. — Rundschau: Von den Hochschulen. — Akademische Tagesfragen. — Presse. — Sprechsaal.

Preis der Einzel-Nummer 10 Pf., pro Quartal 30 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen, sowie direkt durch die Expedition (per Kranzband oder in geschlossenem Couvert).